

Eingelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Drag, II., Savileova nám. 32.

Telefon:  
Einschreibekasse: 6795.  
Nachredaktion: 6767.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billigst berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (1924).

4. Jahrgang.

Freitag, 6. Juni 1924.

Nr. 133.

## Wer propagiert den politischen Mord?

Man greift sich an den Kopf! Wie, dieses nationale und christlichsoziale Bürgertum erdreißtet sich, die Sozialdemokratie der geistigen Urheberin des Mordanschlages auf den Prälaten Seipel anzuklagen? Jene Sozialdemokratie, deren Disziplin und Besonnenheit es dieses selbe Bürgertum zu danken hat, daß ihm trotz aller Leiden, alles Unrechts, das die Arbeitererschaft in der Zeit des Krieges zu erdulden hatte, in den Umsturztagen an Leib, Leben und Eigentum kein Schaden widerfuhr? Ist das nicht der Gipfelpunkt der Frechheit? Hat denn nicht die Sozialdemokratie seit jeher den individuellen Terror verworfen, schon deshalb, weil sie in ihm kein taugliches Mittel zur Aenderung der sozialen und politischen Unrechtszustände zu erblicken vermochte, und weil sie erkannte, daß jede solche Wahnsinnstat nur der Stärkung der Reaktion zu dienen imstande ist? War es nicht gerade die Sozialdemokratie, die sich am stärksten gegen die Mordhege der politischen Abenteurer gewendet hat? Sie war es doch auch, die bei den politischen Morden der letzten Jahre fast immer die Leidtragende war. Nur Mordheit, Lüge und Böswilligkeit kann es fertigbringen, die Sozialdemokratie direkt oder indirekt der Propagierung des politischen Mordes zu beschuldigen.

Aber ist auch das Gewissen jener, die sich anmaßen, jetzt als unsere Ankläger aufzutreten, so rein wie das unsere? Die Christlichsozialen, wie überpurzeln sie sich förmlich vor stiller Entrüstung! Wie mühen sie sich eifrig, im Schweiß ihres Angesichts, zwischen dem Widerstand, den unsere österreichischen Genossen der von der Seipelregierung betriebenen Sanierungsaktion entgegenstellten, und der sinnlosen Tat des Jaworek einen Zusammenhang herzustellen! Die Sozialdemokraten haben Seipel und sein Werk als schädlich bekämpft, — wenn wollen die Christlichsozialen aber einreden, daß es diese Opposition war, welche dem konfusen Sonderling, der dieser Jaworek war, den Revolver gegen Seipel richten ließ! Was leistet sich gerade die Christlichsoziale Partei jahraus, jahrein an Wüßheit und Verlogenheit im Kampfe gegen die sozialdemokratische Partei! Nie noch hat sie es versucht, sachliche Argumente anzuwenden, nie noch unternommen, die Sozialdemokratie mit geistigen Waffen zu bekämpfen. Ihr Kampf ist eine unaufhörliche Hege, die vor der Entstellung der Ziele, der Motive und Bestrebungen, ja vor der persönlichen Verunglimpfung und Verächtlichmachung des politischen Gegners nicht zurücksteht. Und diese Gesellschaft stellt sich entrüstet, weil die Sozialdemokratie einen im Interesse der breiten Schichten notwendigen Kampf gegen Seipel führte und bezieht sie deshalb der Mitverantwortlichkeit an dem Mordversuch Jaworeks, der Nichtsozialdemokrat war und der seiner ganzen geistigen Veranlagung nach eher den Christlichsozialen sich zuneigte! Haben die Christlichsozialen schon an die Ermordung des Genossen Schumierer vergessen? Der Verüßer dieser politischen Mordtat war ein waschechter Christlichsozialer, war sogar der Bruder des christlichsozialen Abgeordneten Runschaf, dennoch segneten damals die Christlichsozialen jeden Zusammenhang mit dem Mörder und verwahrten sich empört gegen die Behauptung, ihre maßlose persönliche Hege gegen Schumierer habe dem Fanatiker Runschaf den Revolver in die Hand gedrückt. Was sie, obwohl es mit viel mehr Berechtigung geschah, für ungerecht erklärten, in ihrem häßlich-erfüllten Feldzuge gegen die sozialdemokratische Partei finden sie es vollkommen am Platze. Doch man braucht nicht so weit zurückzugreifen, um sich klar zu werden, wer die Gewalt propagiert und die Tötung des politischen Gegners für sittlich erlaubt hält. Unter der Seipelregierung war es möglich, daß sich in Oesterreich die Gewalthaufen der Heimwehrleute bildeten,

## Millerand weicht nicht!

Die Parlamentspräsidenten fordern Millerands Rücktritt. — Herriot lehnt die Regierungsbildung ab.

Paris, 5. Juni. (Eigenbericht.) Der Präsident des Senates, Doumergue, und der Präsident der Kammer, Painlevé, wurden heute nachmittag in der üblichen Weise zum Präsidenten Millerand berufen. Beide Politiker lehnten dem Präsidenten aus, daß nach der politischen Lage sein Rücktritt das Gegebene sei. Nach dieser Unterredung wurde Herriot zum Präsidenten berufen, der mit ihm eine einstündige Unterredung hatte. Millerand erklärte, daß er sein Amt als Präsident nicht niederlegen werde. Daraufhin antwortete Herriot, daß er eine Ver-

fung zum Ministerpräsidenten von ihm nicht annehmen könne. Nach seiner Unterredung mit Millerand begab sich Herriot in das Palais Bourbon, um an einer Beratung der Abgeordneten des linken Blocks teilzunehmen. Es wird mitgeteilt, daß der Generalgouverneur von Algerien, Sieeg, nach Paris abgereist ist, und daß Millerand die Absicht hat, ihm die Bildung einer Minderheitsregierung zu übertragen, da der Präsident gewillt ist, seine Demission erst dann zu geben, wenn eine von ihm gebildete Regierung in der Kammer gestützt worden ist.

## Riesenaufmarsch des Wiener Proletariats.

Eine der größten Manifestationen der sozialdemokratischen Arbeitererschaft.

Wien, 5. Juni. (Eigenbericht.) Nach dem Gewerkschaftstongreß fand heute nachmittags eine ungeheure Demonstration der Wiener Arbeitererschaft vor dem Parlament statt, wo die Delegierten des Gewerkschaftstongresses Aufstellung genommen hatten. Die Demonstration, vielleicht die größte, die Wien je gesehen hat, obwohl gegen 6 Uhr ein wolkenbruchartiger Regen niederging, einen riesigen Umfang. Stundenlang zogen die Arbeiter im strömenden Regen am Parlament vorbei. Die Massen der Arbeiter, die aus den Vororten herbeigeströmt kamen,

waren so groß, daß, obwohl die Demonstration für 5 Uhr angesetzt war, um 7 Uhr die Dittlinger Arbeiter noch immer nicht über den Gürtel (eine halbe Stunde von der Ringstraße) hinausgekommen waren.

Die Arbeiter wollten durch ihren massenhaften Aufmarsch nicht nur den auswärtigen Delegierten ein Bild der Macht der Wiener Arbeitererschaft geben, sondern sie wollten zugleich gegen die Hege, die die bürgerliche Presse aus Anlaß des Attentates auf den Bundeskanzler gegen die Arbeitererschaft inszeniert hat, manifestieren.

## Die Reichstagsdebatte.

heute Abstimmung über die Anträge zur Regierungserklärung.

Berlin, 5. Juni. (Eigenbericht.) Den Höhepunkt der heutigen Reichstagsverhandlungen bildete nach allgemeinem Urteil die Rede des sozialdemokratischen Sprechers Genossen Loebe, der sich in seinen Ausführungen mit der Stellung der Sozialdemokratie zum Sachverständigen Gutachten und zur Regierungsbildung befaßte und sowohl mit den Deutschvölkischen wie mit den Kommunisten abrechnete. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt werden.

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann wird morgen zu den Angriffen der Deutschvölkischen auf seine Außenpolitik Stellung nehmen. Im Laufe des Nachmittages wird es dann zur Abstimmung der eingegangenen Anträge kommen. Die Deutschvölkischen haben ein „Ver-

trauensvotum“ für die Reichsregierung und die Reichsminister beantragt, doch ist dieser Antrag ironisch gemeint und deshalb gestellt, weil die Deutschvölkischen durch diese Form der Antragstellung den Regierungsparteien Schwierigkeiten zu bereiten hoffen. Die Deutschvölkischen und Kommunisten haben ein einfaches Misstrauensvotum beantragt. Um all diesen Anträgen entgegenzutreten, haben die bürgerlichen Mittelparteien, Zentrum, Volkspartei und Demokraten, folgenden Antrag eingebracht:

Indem der Reichstag über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergeht, billigt er die Erklärung der Reichsregierung, nach der sie das Gutachten der Sachverständigen als praktische Grundlage für eine schnelle

Lösung der Reparationsfrage anerkennt. Er erwartet von der Reichsregierung, daß sie im Interesse der schwer leidenden besetzten Gebiete und der Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft mit Beschleunigung die zur Durchführung des Gutachtens erforderlichen Gesetzwürfe vorlegt. Gleichzeitig erwartet er, daß die Reichsregierung die Freiheit der Gefangenen, die Rückkehr der Ausgewiesenen, die Räumung der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete und die Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände in den vertragsmäßig besetzten Gebieten sichert.

Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß dieser Antrag der Mittelparteien in der morgigen Sitzung eine Mehrheit findet, da auch die Sozialdemokraten für diesen Antrag stimmen werden und von den kleineren Gruppen ein Teil für den Antrag stimmen, ein anderer Teil sich der Abstimmung enthalten wird.

Im Namen des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei erklärte Scholz, daß die schnelle Annahme des Gutachtens unbedingt erforderlich sei. Deswegen sei das Festhalten an der bisherigen auswärtigen Politik notwendig. Von den Deutschnationalen sei eine solche Erklärung nicht zu erlangen gewesen und daher bleibe die bisherige Koalition, welche der Regierung das Vertrauen auspricht.

Im Namen der Deutschnationalen erklärte Graf Westarp, daß seine Partei, wenn sie in der Regierung säße, es nicht zugeben würde, daß das deutsche Volk auf Grund eines erprehten Beschlusses von der Schuld am Kriege geknechtet würde.

Reichsminister Dr. Marx polemisiert mit den Ausführungen Westarps und erklärt, daß die Verdon von der Schuld Deutschlands am Kriege nicht nur durch seine und Stresemanns Reden, sondern durch zahllose Veröffentlichungen widerlegt sei. Auch er sagt, daß in der bisherigen Außenpolitik keine Aenderung eintreten dürfe. Der Kanzler schloß mit der scharf betonten Erklärung, daß die Politik Westarps nicht zu der gewünschten Befreiung der besetzten Gebiete führen würde.

Genosse Loebe wendet sich zunächst gegen die sogenannte Dolchstoßlegende. Es müsse doch auch General Ludendorff bekannt sein, daß Millionen Sozialdemokraten im deutschen Heere gekämpft haben. Unter großem Lärm der Deutschvölkischen fordert er die Regierung auf, allen Fahnenweihen, Paraden und ähnlichen Veranstaltungen der Deutschnationalen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, da dadurch die Außenpolitik und auch das Schicksal der besetzten Gebiete ungemein erschwert und die Militärkontrolle verlängert werde.

Der völkische Abgeordnete Graefe greift die Reichsregierung an und vergleicht sie mit einem jüdischen Schnorrer. Gegen den Reichsminister wendet, sagte Redner, man müsse sich wundern, daß dem Reichsminister nicht die Zunge im Hals verdorrt sei, daß er nach diesen fünf Jahren noch von einem „schlichten Verständigungswillen“ der Gegner sprechen konnte.

daß militärisch-hakenkreuzerische Formationen, von der Regierung liebevoll gefördert und beschützt, allenthalben entstehen konnten. Ganz nach dem Muster der reichsdeutschen Stahlhelm- und Ortschaften wurden in Oesterreich unter dem milden Protektorat der christlichsozial-großdeutschen Regierung die Terrorbänder der Ostara-Leute ausgerüstet, deren Zweck offenkundig dahin geht, die sozialistische Bewegung durch Gewaltausübung zu hemmen, und die, wären sie stark genug, längst die Arbeiterbewegung im Blute erstickt hätten. Noch zittert in der österreichischen Arbeitererschaft die tiefe Erregung darüber nach, wie milde die Justiz dieses von den Christlichsozialen geleiteten Oesterreich zwei Mordtaten dieser von der Reaktion gedungenen Buben beurteilt hat. Die Arbeiter Birneder und Stills wurden durch Revolvergeschüsse dieser Mordhelden getötet, das Ergebnis der strafgerichtlichen Verfolgung waren lächerlich geringe Strafen! Im Falle der Ermordung des Genossen Stills kamen die Täter mit ein paar Kronen Geldstrafe davon! Es fehlte nur noch, daß das Mordgesindel von dieser Justiz des christlichsozial regierten Oesterreich eine Prämie für das Niederknallen

sozialdemokratischer Arbeiter ausbezahlt erhalten hätte. Doch man begreift, warum die Christlichsozialen den Sozialismus so eifrig als den Heher zum Morde denunzieren. Weil sie nicht zugeben wollen und können, daß nicht die Sozialdemokratie, wohl aber der Kapitalismus, sein Ausbeutungssystem und seine Gewaltmethoden selber es sind, welche solche Jaworeks möglich machen, Menschen, die entgleist sind und die in Not auf die Bahn des Verbrechens getrieben werden.

Und erst die bürgerlich-nationale Presse! Wie geheuchelt ist erst ihre überhäumende Entrüstung über den roten Terror! Gerade jetzt geht in Deutschland der Prozeß gegen Hakenkreuzler vor sich, die den General Seeckt ermorden wollten, weil er dem Ludendorff-Siller-Unternehmen im Wege stand. Seeckt lehnte die Mitwirkung der Reichswehr für diesen Butschplan ab, darum sollte er „beiseitegeschafft“ werden, wie man Scheidemann und Harden „erledigen“ wollte. Es waren die Hintermänner dieser bürgerlich-nationalen Presse, welche die politischen Morde an Eisner und Auer, an Rosa Luxemburg, Liebknecht, Rathenau und Erzberger, an den dreißig so-

zialistischen Arbeitern in Thüringen und an den hundertern anderen republikanisch und sozialdemokratisch gesinnten Menschen begingen, welche die politische Geschichte Deutschlands als blutbesetzt erscheinen lassen. Mordmörderischer, verbrecherischer Terror, das ist jede Lebensregung des Hakenkreuzes und bei keiner seiner Schandtaten hat die bürgerliche Presse auch nur annähernd das Maß von Entrüstung aufgebracht, das sie sich jetzt über die Sozialdemokratie leistet, weil ein Arbeiter, nicht ein Sozialdemokrat, gegen einen Exponenten der kapitalistischen Klassen ein Attentat verübt hat. Derselben kapitalistischen Klassen, welche als die Ruchnießer und Auftraggeber jener anderen Mord- und Gewalttaten angesehen werden müssen!

Es gibt eben einen Terror, über den die bürgerlichen Parteien schweigen. Sie kennen nur einen roten Terror. Darum jetzt das Geschrei der Organisatoren und Freunde der politischen Gewaltmethoden. Sie werden niemanden täuschen. Alle Welt weiß, wo die Propagandisten des politischen Mordes zu suchen sind!

Gräfe erklärt weiter: Die künftigen Feinde werden zusammenbrechen, wenn wir ihnen wiederum passiven Widerstand entgegensetzen, wie er im Jahre 1812 geleistet wurde, den passiven Widerstand, der auch von der Censur zurückgeschreckt (Stürmische Erregung im ganzen Saale). Zur Mitte gewendet rief dann Gräfe: Wenn Sie Blut haben wollen, dann können Sie es haben. Wir setzen unser Blut auch im Innern ein. (Protestrufe bei den Mittelparteien.) (Heulrufe bei den Nationalsozialisten.)

Sodann wird der Notetat in erster und zweiter Lesung angenommen. Die nächste Sitzung ist für morgen Vormittag einberufen.

### Hauptversammlung des Reichsbundes der Ruheständler.

Am Mittwoch, den 4. Juni, fand in der Turnhalle zu Leitmeritz die ordentliche Hauptversammlung des Reichsbundes der Ruheständler statt, welche einen sehr guten Besuch aufzuweisen hatte.

Der Präsident, O. L. G. R. Herr Janisch, leitete die Verhandlungen mit Worten der Begrüßung ein und legte in längerer Rede die große Notlage dar, unter denen gerade die Ruheständler zu leben gezwungen sind. Die Sorge um das tägliche Brot wolle nicht weichen, bedrücke gerade die Pensionisten ungemein; in ruhiger, leidenschaftsloser, aber gerade darum umso eindringlicherer Weise schildert O. L. G. R. Janisch die tristen Verhältnisse, die Gehaltslage, den steten Kampf um die Erreichung des gesteckten Zieles, der Durchsetzung gerechtfertigter, von allen Seiten als solche anerkannter Forderungen. Eine mit den tschechischen Ruheständlern geplante Manifestationsversammlung in Prag wird verschoben; es besteht die Hoffnung, daß noch im Laufe der Frühjahrsagung des Parlamentes die Regelung der Ruhegehälter erfolgt. Der Vorsitzende streift schließlich die Verordnungen bezüglich der Auslandsreisen der Pensionisten und fordert unter allgemeinem Beifall zu Geschlossenheit und Einigkeit auf.

Nachdem der Vorsitzende des Staatsbeamtenverbandes die Ruheständler der Mitwirkung und Unterstützung der aktiven Beamten versichert hat, übermittelt Gen. Hoffmann die Grüße des Klubs der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Er sagte etwa: In den letzten Tagen und Wochen werden in der großen Presse die Rechnungsabschlüsse der Aktiengesellschaften und Banken veröffentlicht, die fast durchgängig mit reichstem Gewinne abschließen. Davon leide „man“ sehr gerne den steigenden Volkswohlstand und den zunehmenden Volksreichtum ab. Derartige Betrachtungsweise vorlasse ganz außer Acht, wer eigentlich die Reichtümer schaffe. Gerade die heutige Versammlung beweist, wie nicht nur die manuellen, sondern auch die geistigen Arbeiter unter dem furchtbaren Zwang der herrschenden Wirtschafts- und Produktionsweise leiden. Dreißig, vierzig und mehr Jahre haben Beamte, Lehrer, Eisenbahner und alle öffentlichen Angestellten für das allgemeine Wohl gearbeitet, unzählige Male hat man ihnen die Pflichterfüllung als höchste Beamtentugend vorgestellt, alle Beamten haben ihre Pflicht getan, aber nicht so der Staat, die Gesellschaft ihnen gegenüber. Gen. Hoffmann berichtet hierauf, wie die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten stets bemüht gewesen sind, die traurige, ja geradezu trostlose Lage der Ruheständler zu bessern, indem er auf die eingebrachten Resolutionen und den Initiativantrag des Abg. Taub, Grünzner, Hoffmann und Genossen von 5. November 1923 verweist. Gen. Hoffmann erklärt auch, daß der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren in der letzten Zeit die endliche Verhandlung jener Anträge verlangt hat. Auch bezüglich der Auslandsreisen werden die sozialdemokratischen Vertreter im Parlament alles tun, daß jener widerwärtige Erlass zurückgezogen werde. Gen. Hoffmann erklärt, daß die Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei für die Bedrückten und Rechtslosen immer eingetreten sind und eintreten werden, weil es die sozialistische Überzeugung, das sozialistische Gewissen verlangen.

Im Verlaufe der Verhandlungen erstatten die Amtswalter ihre Berichte; besonders der Bericht der Schriftführerin, der Frau Fietzogen, zeigt klar, daß der Reichsverband eine reiche nutzbringende Arbeit im Dienste der Organisation geleistet hat. Den Berichten folgt lebhafter Beifall. Hierauf bespricht Sen. Hartl den Erlass bezüglich der Beschränkungen der Auslandsreisen der Pensionisten. Er zählt eine Reihe von trassen Fällen auf, die das Un- und Widerwärtige dieser Verordnung, die auf Hofamterdekret aus den Jahren 1808 und 1827 basieren, erhärten und gibt der Anschauung Ausdruck, daß diese Verordnung wohl bald beseitigt werden wird. In der Beschlusse drachten mehrere Verbandsmitglieder Beispiele zu dieser Verordnung, insbesondere war die Darlegung eines Redners geradezu ergreifend, daß ihm unmöglich gemacht war, sein schwerkrankes Kind aufsuchen zu können. Der Präsident gab einen kurzen übersichtlichen Bericht über die Beschlüsse des Vertretertages am Dienstag, worauf die Resolutionen einstimmig erfolgten. Zum Vorsitzenden wird unter allgemeinem Beifalle O. L. G. R. Janisch wiedergewählt. Mit wenigen kurzen, eindringlichen Worten schloß der Präsident den anregend verlaufenen Verbandstag.

# Sozialismus und Kommunalpolitik.

Aus der Rede Otto Bauers in Brünn.

Wir haben gestern den ersten Teil der Rede Otto Bauers gebracht, die dieser in einer Wählerversammlung in Brünn am Samstag hielt. Im zweiten Teil dieser Rede beschäftigte sich Bauer mit der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Wiener Gemeinde. Er führte u. a. aus:

Sie wissen alle sehr gut, wie es in Wien nach dem Umsturz ausgesehen hat. Sie wissen alle, wie Wien damals nicht nur im Gleichnis, sondern wörtlich in einer Hungersnot gewesen ist. Sie wissen heute, wie damals die ganze Welt voll Mitleid war für das hungernde, sterbende Wien. So sah dieses Wien aus wie wir es übernommen haben. Mit leeren Kassen. So um den 20. herum kamen die Sozialdemokraten ins Rathaus und als sie die eisernen Kassen aufsperrten, war keine einzige Papierkrone darinnen und unsere erste Frage war: Womit werden wir am nächsten Ersten die Gehälter für die Beamten bezahlen? Das war damals ein schier unlösbares Problem. Heute, wenn Sie nach Wien kommen, spricht jeder davon, daß es ein Skandal ist, wie die Gemeinde im Gelde schwimmt. Das ist die Geschichte der

### Sanierung Wiens durch die sozialdemokratische Verwaltung.

Gewiß, ich gebe zu, wir haben es sofort erfaßt, daß wir, wenn wir etwas machen wollen, Geld und sogar viel Geld brauchen. Die alte bürgerliche Gemeindeverwaltung ist der arbeitenden Bevölkerung, wie überall so auch in Wien, alles schuldig geblieben. Und wenn wir nun diese Schuld bezahlen sollen, brauchen wir viel Geld. Da mußten wir probieren, uns es irgendwie zu beschaffen. Das war schwer. Die ersten Jahre haben wir mit der Geldentwertung gekämpft. Sie wissen ja, wie die österreichische Krone lange Zeit das Beispiel gegeben hat, das erst später andere Währungen nachzuahmen und zu übertreffen verstanden haben. Wir haben nun Geld gebraucht, um unsere sozialen Pflichten zu erfüllen und so begann die Finanzpolitik, die Gen. Breitner eingeleitet hat. Wenn Sie sich das Ergebnis dieser Finanzpolitik betrachten, möchte ich es am besten an einem Erlebnis schildern, das ich selbst nicht einmal, sondern duzendmale gehabt habe. Wenn man gezwungen war, bei irgendeiner Verhandlung mit irgendeinem Industriellen oder Großkaufmann zu sprechen, kam er sicher auf Breitner zu sprechen, das heißt, er begann auf die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung zu schimpfen. Er erzählte, was er für Steuern zahlen müsse, daß die Wirtschaft dadurch ruiniert werde. Mit einem Worte, er schimpfte wie ein Rohrputz.

Man ließ ihn erst ruhig schimpfen und dann kam das Gespräch von den Finanzen der Gemeinde auf die Finanzen des Staates. Da machte der Industrielle oder Großkaufmann ein beforgtes Gesicht, und wenn man ihm sagte, daß der Staat kein Geld habe, die notwendigsten Dinge anzu-schaffen, daß die Industrie durch die Drohselung der staatlichen Bestellungen ruiniert werde, sagte er: Ja die Leute treffen es nicht, die Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Der Staat könnte einen Breitner brauchen. So endete es immer.

Warum ist die Sanierung der Gemeinde gelungen? Warum kann die sozialdemokratische Gemeinde, was andere nicht können? Warum war trotz der Entwertung der Krone das sozialdemokratische Wien die erste Großstadt Europas, die nach dem Kriege wieder ein hochaktives Budget gehabt hat, so daß sie große Investitionen einleiten konnte? Aus dem einfachen Grunde, weil die Sozialdemokraten, das können, was die bürgerlichen Parteien ihrer Natur nach nicht können, nämlich

### das Geld dort zu holen, wo es ist.

Das ist das ganze Geheimnis. Wir haben in Wien seit dem Umsturz 30 neue Steuern eingeführt. Wir haben vor allem auf einige alte Gemeindecinnummen verzichtet. Es gibt in Wien keine Verchungssteuer mehr, denn wir besteuern keine Lebensmittel. Die alte Hauszinssteuer haben wir abgeschafft. Wir haben im ganzen zwei Steuern in Wien, von denen man sagen kann, daß sie Massenverbrauchssteuern sind. Das eine ist unsere Wohnbausteuer. Sie wissen ja, daß in Wien der Mieterschutz in vollem Umfange erhalten wurde, daß der Wiener Arbeiter heute noch nicht mehr als ein Prozent seines Arbeitslohnes für den Mietzins ausgeben muß. Unter diesen Umständen ist eine private Bau-tätigkeit nicht möglich, denn da rentiert sich der Häuserbau für den Kapitalisten nicht. Da wir eine schreckliche Wohnungsnot haben, muß die Gemeinde Wien bauen und Sie wissen aus den Zeitungen, daß die Gemeinde im vorigen Jahre den Beschluß gefaßt hat, binnen fünf Jahren 25.000 Wohnungen zu bauen. Das ist, wenn Sie auf eine Wohnung durchschnittlich vier Menschen rechnen,

### eine Stadt von 100.000 Einwohnern, die in fünf Jahren gebaut werden muß.

Aber das kostet natürlich viel Geld. Damit das beschafft wird, haben wir die Wohnbausteuer eingeführt. Die muß jeder bezahlen. Wir haben uns gesagt: Dafür, daß ein Obdachloser eine Wohnung bekommt, muß jeder, der eine Wohnung hat, etwas bezahlen. Die Frage ist aber nur, wieviel. Und da haben wir gesagt, wer eine kleine Wohnung hat, zahlt wenig. Wer eine große hat, viel. Die Mehrzahl der Wohnungen in

Wien sind Arbeiterwohnungen, wie man sie im Frieden für 28 bis 30 Kronen monatlich gehabt hat. Wir haben die Steuer nun so festgesetzt, daß für diese Arbeiterwohnungen die Steuer jetzt 1200 österreichische Kronen monatlich beträgt, das sind nicht ganze 50 tschechische Heller. Aber ich muß gestehen, für den Rohschuld konnten wir es nicht so billig machen. Denn sonst hätten wir für unsere Aufgabe nicht genug Geld gehabt. Wir waren gezwungen, für diese Leute die Wohnbausteuer schon recht empfindlich zu machen. So hat zum Beispiel Rohschuld im vorigen Jahre an Wohnbausteuer ungefähr 568 Millionen bezahlen müssen, und die diversen Castiglioni's, Hofels, Schwarzenbergs, zahlen auch so viel. Inso-folge hat uns schon die Steuer der hübischen Betrag von 100 Milliarden Kronen getragen. Damit kann man schon eine hübsche Anzahl von Wohnungen bauen.

Die Wohnbausteuer deckt jedoch bei weitem nicht die Kosten unserer Wohnungsbauten. Da müssen wir eben das Geld für diese Wohnungs-bauten aus anderen Steuern nehmen.

Wir haben auch noch eine zweite Steuer eingeführt, von der man sagen kann, daß sie eine Massenverbrauchssteuer ist. Das ist eine halb-prozentige Steuer auf den Verbrauch von elektrischem Strom. Diese Steuer mußten wir aber aus einem anderen Grunde einführen. Wir wollen uns nämlich von der fremden Kohle unabhängig machen. Wir bauen Wasserkräfte in Mähren, und verwenden das Gefälle unserer Wasser-leitung aus dem Teschbergergebiet, um die elektrische Energie billig und in großen Mengen zu gewinnen. Wir sind mit dieser Arbeit schon ziemlich weit. In wenigen Wochen wird in den Werken der letzte Stollen durchgeschlagen sein und in einigen Monaten werden wir schon unsere elek-trische Energie in Wien haben und von der fremden Kohle unabhängig sein. Wir wollen weiter dazu übergehen, unsere Fabriken, statt mit Kohle mit Strom zu versorgen, wir wollen das elek-trische Licht nicht nur in den Wohnungen der Reichen, sondern auch in den Arbeiterwohnungen einführen. Wir wollen es auch ermöglichen, in den Wohnungen mit Elektrizität zu heizen, was insbesondere den Frauen eine mühselige Arbeit ersparen würde. Aus all diesen Gründen müssen wir unsere Wasserkräfte ausbauen und zu diesem Zwecke haben wir auch die Massenverbrauchssteuer eingeführt. Damit habe ich auch schon alle Massenverbrauchssteuern aufgezählt. Im übrigen sind diese neuen Steuern nicht der ganzen Bevölkerung aufgelegt, sondern werden nur von gewissen Klassen getragen. Es sind verschiedene Steuern, die wir erfinden mußten, um das Geld zu holen, wo es ist. Ich will ein Beispiel aus dem System unserer Vorkriegssteuer herausgreifen. Wir haben eine Hausgehilfensteuer gemacht. Wenn sich jemand eine Haus-gehilfin hält, soll er keine Steuer bezahlen müssen. Da ist vielleicht eine Lehrerin oder irgend eine erwerbende Frau, die sich eine Hausgehilfin hält, weil sie dem Erwerbe nachgeht. Wenn sich aber jemand zwei Hausgehilfinnen hält, ist das schon ein gewisser Luxus und da kann man schon mit der Steuer kommen. Wenn sich aber jemand mehr als zwei Hausgehilfinnen hält, der kann schon ganz bestimmt zahlen und so haben wir eine recht progressive Steuer gemacht. Bei zwei Hausgehilfinnen eine bescheidene Steuer und von drei Hausgehilfinnen angefangen sehr schnell ansteigende Steuern. Um bei dem Bei-spiele, das ich vorhin erwähnt habe, zu bleiben: Die Familie Rohschuld brauchte für ihre persön-liche Bedienung 100 Hausgehilfinnen und La-tainen; mit weniger war es nicht zu bewältigen. Da nun unsere Steuer sehr progressiv sind, hat die Berechnung ergeben, daß man nach dem vorjährigen Steuerjahre für 100 Hausgehilfinnen 1500 Mill. Kronen bezahlen mußte. Sie werden begreifen, daß das der Familie nicht recht war — die Frau Rohschuld hat bei unseren National-wahlen im Oktober den christlichsozialen Stimmzettel offen abgegeben, nur um zu demon-strieren, daß wir ihr nicht geflissen.

Die Wohnungsfrage ist unsere größte Sorge aber nicht unsere einzige. Wir haben uns gesagt, daß wir jetzt damit anfangen müssen, das zu bezahlen, was die Gesellschaft bisher den arbeiten-den Menschen schuldig geblieben ist. In diesem Zwecke versuchen wir all das Elend zu heilen, das körperliches und physisches Elend, das Krieg und Not der Nachkriegsjahre gerade in Wien in so furchtbarer Menge zurückgelassen hat. In die-sem Zwecke haben wir

### große Fürsorgeeinrichtungen

gebaut, die Prof. Tandler organisiert hat. Ich kann diese Einrichtungen nicht im einzelnen, son-der nur in großen Zügen schildern. Das erste, was wir uns gesagt haben, ist folgendes: Jedes Kind, das geboren wird, ist ein Schatz der Gesell-schaft. Wir müssen dem menschlichen Zustand, daß von den neugeborenen Kindern gleich ein Drittel im ersten Lebensjahr stirbt, ein Ende machen. Wir haben daher folgende Einrichtung getroffen. Wir haben in jedem Wiener Bezirk zumindest eine, in den größeren Arbeiterbezirken mehrere Fürsorgerinnen angestellt, Frauen, die von der Gemeinde bezahlt werden. Jede Geburt, die in Wien erfolgt, gleichgültig, ob ehelich oder unehelich, wird der Fürsorgerin des betreffenden Sprengels sofort angezeigt. Diese hat sich sobald als möglich, womöglich noch am selben Tage zur Wöchnerin zu begeben, hat sie zu beraten und vor allem zu schauen, ob es in diesem Hause an

nichts fehlt. Wenn nun die Fürsorgerin feststellt, daß die Leute so arm sind, daß sie für das Kind nicht sorgen können, daß sie ihm keine Wäsche kaufen können, oder wenn die Frau, da der Mann arbeitslos ist, nicht genügend Nahrung hat, geht die Fürsorgerin ins Institut und ohne Gehalt wird dort veranlaßt, der Frau das zu geben, was notwendig ist, um das Kind zu erhalten. So lange das Kind Säugling ist, hat sich die Für-sorgerin öfters zur Mutter zu begeben. Das Kind gehört zwar der Mutter, die Gemeinde fühlt sich aber als Obermutter und die schaut dazu, daß die Kinder erhalten bleiben. Wenn das Kind dann älter geworden ist, wollen wir in anderer Weise dafür sorgen. Die Gemeinde Wien er-richtet jetzt Kinderhorte, und unser Ziel ist, in einigen Jahren bei jeder Wiener Schule einen Hort zu haben, wohin die Kinder schon im vor-schulpflichtigen Alter gebracht werden können.

Die Gemeinde Wien hat auch etwas anderes organisiert. Es kommt nicht selten vor, daß uns die Fürsorgerinnen melden, daß ein Kind da ist, für das nicht gesorgt ist, weil die Mutter gestorben und der Vater eventuell ein Lump ist. Die Für-sorgerin stellt den Antrag, daß die Gemeinde das Kind übernehme. Da wendet man sich an den Vater und droht ihm, daß man ihm das Kind nehmen und ihn wegen Vernachlässigung des Kindes den Prozeß machen werde. Wir nehmen die Kinder nur dann, wenn es notwendig ist. Und zu diesem Zwecke hat die Gemeinde Wien auch große Einrichtungen geschaffen. Wir bauen jetzt in Döbling eine Kinderübernahmestelle, wo die Kinder zuerst hinkommen sollen. Zugleich haben wir von der Gemeinde ein Kinder-spital, das einer Privatgesellschaft gehört hat, übernommen. Beide haben eine gemeinsame Lei-tung, damit wir die Ärzte des Kinderospitals auch für diese Kinderübernahmestelle verwenden können. Von dort werden die Kinder auf die verschiedenen Erziehungsanstalten, die die Ge-meinde eingerichtet hat, verteilt. Wir haben die alten Waisenhäuser in moderne Erziehungsan-stalten umgewandelt. Wer in Wien war, hat unsere Waisenkinder feinerzeit marschieren gesehen in Uniform mit einem Unteroffizier an der Spitze, Schritt für Schritt. Man kann ja, meinte man, nie früh genug anfangen, den Militarismus in die Kinder hineinzubringen. Das haben wir abge-schafft. Dafür haben wir ihnen aber die besten Pädagogen, Lehrer und Lehrerinnen ausgesucht, weil wir der Ansicht sind, daß diese Kinder nicht nur erhalten werden, sondern daß sie auch kindliche und jugendliche Freude haben sollen.

Am größten ist die Wandlung, die wir in der Verbesserungsanstalt in Eggenburg voll-zogen haben. Diese Verbesserungsanstalten waren Anstalten, in die man Kinder, die in Gefahr waren, Verbrecher zu werden, hingegeben hat. Da hat sich der Staat bemüht, es so einzurichten, daß sie ganz bestimmt Verbrecher werden. Es waren Verbrecherzuchtanstalten. Die Wände waren vergittert, wie in den Gefängnissen, die Kuffcher sind mit Revolvern herumgegangen und es war etwas alltägliches, daß jede Woche Burken durchgegangen sind, eingeholt und mit dunklem Arrest bestraft wurden. Das haben wir alles abgeschafft, es geht auch ohne Revolver und ohne Unteroffizier und seitdem ist noch kein Bub durchgegangen.

Am wichtigsten ist es aber, die Kinder dort zu paken, wo sie in Massen sind, in der Volks- und Bürgerschule. Sie werden über die

### Schulreform

des Genossen Glöckel viel Schlechtes gehört haben. Er hat schreckliche Dinge gemacht. Man muß vor dem Unterrichte nicht mehr beten, die Lehrer sind nicht mehr verpflichtet, die Kinder zur Beichte zu führen und die Eltern nicht verpflichtet, die Kinder zur Beichte zu schicken. Wegen dieser Dinge ist man dem Genossen Glöckel böse und schimpft über die Schulreform. Alles schimpft — nur die Kinder nicht. Ihnen geht es besser als früher und ich will mit einigen Worten erzählen, wie es ihnen geht. Ich habe mir vor kurzer Zeit einige Volks- und Bürgerschulen angeschaut. Ich konnte nicht allein hingehen, obwohl den Eltern unter bestimmten Voraussetzungen auch das Zutreten beim Unterrichte erlaubt ist. Mich hat einer der Schulinpektoren mitgenommen. Da habe ich mich früherer Zeiten erinnert, was wir für Schrecken hatten, wenn der Schulinsektor gekommen ist. Aber jetzt? Der Landeschulinsektor öffnet die Türe und 20 Kinder schreien auf einmal: Der Herr Landeschulinsektor! Bon Scheu also keine Rede. Es sind auch weniger Kinder in einer Klasse, mehr als 30 dürfen in einem Raume nicht sein. Wir haben auch den Unterricht vollständig reformiert. Ich will Ihnen einen Fall erzählen. Ich komme in eine dritte Volksschulkasse und sehe, wie die Kinder C i s e n b a h n s p i e l e n. Es war kein Unterricht — so hat es wenigstens ausgesehen. Ein Bub sah am Rasteder und verkaufte Eisenbahnkarten, die anderen kamen und kauften sie. Nachher bin ich darauf gekommen, daß der Lehrer die Buben be-trogen hat. Es war nämlich Rechenunterricht. Der eine mußte nachschauen, was die Karte kostete, der andere hatte das Geld in anderen Beträgen. Es mußte fortwährend subtrahiert werden. Die Buben merkten nicht, daß sie lernen, sie glaubten Eisenbahn zu spielen und es machte ihnen Freude. Außerdem mußten sie auch ein Reisezettel angeben. Zu diesem Zwecke mußten sie sagen, wie man hin-fährt, über welche Flüsse, durch welche Täler und so weiter. Sie haben also gleichzeitig Geographie gelernt. Inzwischen haben andere geortet, was ihnen der Lehrer am Bahnhof gezeigt hat, teils modelliert, teils gezeichnet. Wir erzihen eben die Menschen nicht nur für das Bureau, son-der auch für die Arbeit. Das ist aber nur ein

# Der Wiener Gewerkschaftskongress.

Wien, 5. Juni. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses wurde zunächst der Bericht der Kommission über die organisatorische Verbindung zwischen dem internationalen Gewerkschaftsbund und den internationalen Berufssekretariaten verhandelt.

Den Bericht der Kommission erstattete Dudgeest. Die Kommission hat die Beschlüsse der Amsterdamer Konferenz vom November 1923 genehmigt und auch die Resolution der Beratung des Vorstandes mit den Berufssekretären angenommen. In dieser Besprechung haben die Sekretäre erklärt, daß als einzige gewerkschaftliche Internationale ausschließlich der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund anerkannt wird. Sollten die internationalen Berufssekretäre in die Notwendigkeit verfaßt werden, von der Regel abzuweichen, daß nur der Amsterdamer Internationale angeschlossene Gewerkschaften aufgenommen werden, werden sie sich zuvor mit dem Vorstande ins Einvernehmen setzen. Die Kommission hat gemäß den Wünschen der internationalen Berufssekretäre beschlossen, daß diese drei Vertreter in den Vorstand entsenden sollen. Daburch ist eine innigere Verbindung mit den Berufssekretariaten herbeigeführt.

Gravely wendet sich im Namen der Engländer dagegen, daß die Berufssekretäre im Vorstand ihre Vertretung haben, da sie ja dem Kongress nicht verantwortl. sind und Lindley-Schweden schlägt vor, daß die Berufssekretariate dem Kongress Kandidaten vorschlagen und daß der Kongress drei von diesen wählt. Fimmen erklärt, daß die Berufssekretariate von dem Kompromiß nicht abgehen können, da nur dadurch ein inniger Kontakt hergestellt werden kann. Bei der Abstimmung wird der Vorschlag der Kommission, betreffend die Vertretung der Berufssekretäre, mit 41 gegen 11 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Der übrige Bericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen. Dann referiert Graßmann-Deutschland über den Punkt „Die Stellung des internationalen Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung“. Es wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Stellung des Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung ist bedingt durch die grundsätzliche und tatsächliche Haltung der ihm angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen. Gemeinames Ziel der Gewerkschaften ist die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse durch organisierte Selbsthilfe. Soziale Reformen und Gesetze zum Schutze der Arbeiter sind geeignet, die Tätigkeit der Gewerkschaften wirksam zu ergänzen, ihren Erfolg zu festigen und den Kampf zur Beseitigung der Lohnsklaverei und des Kapitalismus zu erleichtern. Neben dem Kampf für die Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage und für die Verwirklichung ihrer Mitbestimmungsrechte in der Wirtschaft müssen die Arbeiter sich auch die politische Freiheit und ihren unbeschränkten Einfluß im Staatsleben erkämpfen. Die Führung dieses politischen Kampfes ist Aufgabe der politischen Arbeiterparteien. Die Gewerkschaften als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter müssen jedoch, soweit es die Erfüllung der Aufgabe in ihrem Tätigkeitsbereich erfordert, auch auf die Politik des Staates einwirken, wie es die Unternehmerverbände ebenfalls tun. Sie treten damit aber nicht in den Dienst einer politischen Partei und können ihre Tätigkeit nicht von einer politischen Partei abhängig machen. Die Gewerkschaften müssen unabhängig sein. Von allen politischen Parteien haben bisher allein die selbständigen Arbeiterparteien, die sich zur politischen Demokratie und zum Sozialismus bekennen, die Forderungen der Gewerkschaften mit Entschiedenheit in den Parlamenten vertreten. Deshalb

**Stehen die sozialdemokratischen Parteien den Gewerkschaften am nächsten.**

Die kommunistischen Parteien erstreben die Herrschaft über die Gewerkschaften, sie wollen nach dem Diktat der kommunistischen Internationale die Leitung der Gewerkschaften an sich reißen, um die organisierten Arbeitermassen für ihre Parteiziele zu gebrauchen. Den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklassen lehnen sie ab. Sie verunglimpfen die Gewerkschaftsbewegung und scheuen in ihrer Bekämpfung der Gewerkschaften vor keinem Mittel zurück. Die in zahlreichen Ländern eingerissene Zersplitterung der Arbeiterbewegung und die hieraus resultierende Erleichterung der gewerkschaftlichen und politischen Reaktion ist hauptsächlich ihr Werk. Die kommunistische Internationale hat die Note der Gewerkschaftsinternationale zu dem Zweck errichtet, den internationalen Gewerkschaftsbund zu bekämpfen und zu vernichten. Die Gewerkschaften in allen Ländern sind gezwungen, Abwehrmaßnahmen hiergegen zu ergreifen. Sie müssen sich dagegen zur Wehr setzen, daß durch die Methoden der kommunistischen Zellen und durch die Spaltungsversuche der kommunistischen oder irgendwelcher anderer Partei die

— das nächste Mal hätten wir sie. Wenn man die Gemeinde verwalten kann, kann man den Staat ebenso verwalten. Das ist die Bedeutung der Sache. Ich habe ihnen von Wien erzählt, weil ich mir dachte, daß sie sich das Interesse für Wien bewahrt haben, wenn auch die neuen Staatsgrenzen gezogen wurden.

gewerkschaftlichen Organisationen zerstört und daß damit die Arbeiterklasse ihrer besten Waffe gegen den Kapitalismus und gegen die Reaktion beraubt wird. Der internationale Gewerkschaftsbund hat die Aufgabe, neben der allgemeinen Förderung der gewerkschaftlichen Bewegung die Gewerkschaften der einzelnen Länder in der Befolgung der vorstehenden Grundsätze zu unterstützen, er soll den Geist der Gemeinsamkeit der Interessen wahren und unterhalten und für die Durchführung einheitlicher Leitgedanken in der allgemeinen Gewerkschaftspolitik tätig sein. Seine Pflicht ist es, dauernd für eine Einigung der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu wirken.

Hierauf referierte Straas-Wien im Namen der Kommission über den

## Internationalen Kampf gegen Krieg und Militarismus.

Er beantragte folgende Resolution:

Der internationale Gewerkschaftskongress bestätigt die früheren Resolutionen gegen Krieg und Militarismus und erinnert die national und international organisierten Arbeitermassen an ihre Pflicht, sich dem Krieg entschieden zu widersetzen durch Stilllegung der Waffen- und Munitionsindustrie, sowie des Transportes von Kriegsmaterial, den wirtschaftlichen Boykott und den internationalen Generalstreik. Der Kongress erklärt, daß es Pflicht der Gewerkschaftsorganisationen aller Länder ist, durch eine unausgesetzte Propaganda für die Beseitigung des Völkerverhaßes zu arbeiten und auf eine neue Organisation der Völkerverbeziehungen hinzuwirken, die sich auf Anwendung des internationalen Rechtes und des obligatorischen Schiedsgerichtes gründet. In der Erkenntnis, daß das allgemeine Wohl der Völker nur gesichert werden kann durch eine allgemeine Abrüstung, erklärt der Kongress als dringend notwendig:

1. Durchführung einer Kontrolle für die Waffen- und Munitionsindustrie, sowie den Handel mit Kriegsmaterial.

2. Einberufung einer internationalen Konferenz zur Unterdrückung der privaten Herstellung von Kriegsmaterial und Herbeiführung eines allgemeinen Verbotes der Fabrikation und des Handels für alle Arten von Kriegsmaterial. Der Kongress beauftragt das Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes, seine auf die Erziehung der Massen, namentlich der arbeitenden Jugend und der Frauen, für die Stärkung der für den Frieden arbeitenden Kräfte der Welt gerichteten Bestrebungen fortzusetzen. In Ausführung dieser Beschlüsse und unter feierlicher Bestätigung der vom Vorstande im November 1923 angenommenen Resolution, betreffend die Organisation eines internationalen Antikriegstages am 21. September fordert der internationale Gewerkschaftskongress die Arbeiter aller Länder auf, alles zu tun, um zu erreichen, daß diese Manifestation eine der jetzigen Weltlage angemessene Bedeutung erhalte und entsprechenden Widerhall finde.

Straas bemerkt dazu, daß das Datum des 21. September nur für diejenigen Organisationen gilt, die nicht vorher schon eine solche Antikriegsdemonstration veranstaltet haben. Nachdem Benoit-England und Hohaux diese Resolution wärmstens bekräftigt haben, wird sie unter großer Begeisterung einstimmig angenommen.

## Abgeordnetenhaus.

Prag, 5. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses teilte Präsident Tomasek zur Anfrage des Abg. Skala, was er als Präsident des Hauses dagegen zu tun gedenke, daß die Regierung Interpellationen in der durch die Geschäftsordnung festgesetzten Frist nicht beantwortet und daß insbesondere fünf Interpellationen, die von den kommunistischen Abgeordneten überreicht wurden, nicht beantwortet habe, mit, daß die Kanzlei des Hauses den Antrag habe, dem angefragten Mitglieder der Regierung die Interpellationen in Erinnerung zu bringen, auf welche eine Antwort bisher nicht erteilt wurde und daß in den in der Anfrage des Abg. Skala angeführten Fällen die Antworten urgirt wurden.

Zur Anfrage, was der Präsident in diesem Falle zu tun gedenke, erklärte Präsident Tomasek, daß er die erwähnten, nicht eingegangenen Antworten neuerdings habe urgieren lassen, daß die Anfrage des Abg. Skala dem Ministerpräsidenten mitgeteilt worden sei, und daß er Maßnahmen getroffen habe, daß die dringliche Interpellation, die in dieser Sache gleichzeitig die Abgeordneten Skala, Burian und Gen. der Regierung überreicht haben, in der heutigen Sitzung verteilt werden. Der Präsident erinnerte weiter daran, daß die Antworten auf die erwähnten Interpellationen bereits im Druck verteilt wurden.

Sodann wird zur Tagesordnung übergegangen. Der Bericht des landwirtschaftlichen Ausschusses über den Senatsbeschl. betreffend die Fucht von landwirtschaftlichen Tieren, und zwar Pferden, Schweinen, Schafen, Schöpfen und Ziegen wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil das Haus beschloß, vom Senat zur Verhandlung der Angelegenheit eine Verlängerung der Frist um fünf Monate zu erbitten. Den weiteren Gegenstand bildete die zweite Lesung der Vorlage des zeitweisen Verbotes von Stillen gegen Lohn. Der Antrag wurde dem Sanitätsausschuß zurückgestellt. Dann wurde der Gesetzentwurf über die Veräußerung des staatlichen Eigentums des



„Hainl.“

der neue Präsident der französischen Kammer und wahrscheinlich in einigen Tagen Präsident der französischen Republik, ist während des Krieges eine Zeitlang Ministerpräsident gewesen. Da er aber des Defätismus — im alten Oesterreich gab es dafür das Wort „Krautmacherei“ — verdächtig war, wurde er das Opfer der nationalstiftischen Intrigen und durch Clemenceau ersetzt. Als einer der Führer des Linksbloks bei den letzten Wahlen, richtete sich die ganze Wut der Nationalisten in seinem Pariser Wahlkreis gegen ihn, ohne jedoch seine Wiederwahl verhindern zu können. Als Sohn einer Arbeiterfamilie ist er in den demokratischen Massen Frankreichs um so volkstümlicher, als er nicht nur Politiker, sondern auch ein Gelehrter von Weltruf ist.

Brünnen Arsenal in zweiter Lesung genehmigt. Den nächsten Punkt bildete der Regierungsentwurf über die landwirtschaftlichen Bezirksvorshuf- und die Kontributionsfonds. Die Abstimmung wurde vertagt. Das Gesetz über die bedingte Verurteilung und bedingte Entlassung wurde in der Fassung des Senates in erster Lesung angenommen.

In der Debatte hiezu hatte Genosse Dr. Haas erklärt, die Vorlage verschlimmere, ja annulliere das Institut der bedingten Verurteilung. Eine richtige Kriminalpolitik sagt sich, daß wir bei Verstößen des einzelnen gegen die Interessen der Allgemeinheit zu prüfen haben, ob zu erwarten steht, daß in Zukunft ein derartiger Verstoß nicht mehr passiert. Bei richtiger Kriminalpolitik wird das Bedürfnis nach Rache und Vergeltung ausgeschaltet. Ein richtiger Kriminalpolitiker muß alles soziale dazu tun, damit die Angriffe gegen die Gesamtheit verhindert werden. Wenn wir jemanden das Abstreifen der Strafe scheuen, wird nicht verhindert, daß solche Angriffe sich wiederholen. Darum müssen wir darauf beharren, daß die Akten im Falle einer bedingten Verurteilung bei Gericht zu verbleiben haben. Am kritischsten ist die Bestimmung, daß man der Behörde die ganzen Akten mitteilen hat, wenn sich jemand um eine öffentliche Piefierung bewirbt, oder wenn er ein Gewerbe ausüben will, zu dem das öffentliche Vertrauen nötig ist. Dadurch wird das ersicherische Moment der bedingten Verurteilung ausgedrohen aus dem Bau des Gesetzes. Und so ist die Vorlage ein schlagender Beweis dafür, daß wir auf allen Gebieten von der Reaktion getrieben werden. (Beifall.) Nach Behandlung einiger Immunitätsfälle wurde die Sitzung geschlossen.

## Inland.

### Merkwürdige parlamentarische Sitten.

In der vorletzten Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses wurde das Referat über das Gesetz betreffend die Auszahlung von Teuerungsaus-hilfen an die Lehrer in der Slowakei einem tschechischen Agrarier zugewiesen, obwohl die tschechischen Nationalsozialisten auf das Referat Anspruch erhoben. In der folgenden Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses fehlten die Vertreter der tschechischen Nationalsozialisten, dafür verlas der Vorsitzende folgende Erklärung der Nationalsozialisten:

„Der gefertigte Abgeordnetenkreis erlaubt sich mitzuteilen, daß sich die Mitglieder des Klubs im sozialpolitischen Ausschusse an den Verhandlungen dieses Ausschusses solange nicht beteiligen werden, als nicht die Ursache ihrer Abenz durch die Exekutive der koalitierten Parteien beseitigt ist.“

Der Vorsitzende hob darauf die Sitzung, in der der Arbeitslosenkredit beraten werden sollte, auf, wogegen unsere Genossen sofort Protest erhoben und später auch beim Präsidenten Tomasek Beschwerde führten. Es ist wirklich ein unerhörter Vorgang, daß der Vorsitzende eines Ausschusses wegen eines Streites der tschechischen Nationalsozialisten mit der Koalitionssekretive, die ja keine offizielle Körperschaft ist, die Sitzung aufhebt. Die Lehrer müssen auf ihre Teuerungsaus-hilfe warten, nur deshalb, weil sich die Koalitionsparteien um Referate raufen.

### Warum wird in Leichen nicht gewählt?

Eine dringliche Interpellation der Abgeordneten Genossen Dr. Czoch, Taub und Schäfer richtet sich an die Regierung wegen

Keines Bild. Vor allem haben wir eine gänzlich Reform der Schulmittel durchgeführt. Kein Wiener Kind kauft sich die Schulmittel selbst. Die Gemeinde Wien gibt für jedes Schulkind jährlich zweieinhalb Millionen Kronen aus und damit sollen alle die Schulmittel von der Schule bekommen. Die alten Lesebücher gibt es auch nicht mehr. Wir waren weiters der Ansicht, daß man die Lehrer, wenn man ihnen so viel zumutet, auch anständig bezahlen muß. Die Situation in Oesterreich ist heute die, daß der Volksschullehrer der Gemeinde Wien einen höheren Gehalt hat, als der Gymnasialprofessor, den der Staat bezahlt. Wir waren aber auch der Ansicht, daß die Schule gleichzeitig eine Fürsorgeeinrichtung sein muß und haben daher überall erstens Schulärzte, die die Kinder regelmäßig untersuchen, zweitens Fürsorgerinnen, die schauen müssen, wo es fehlt, ob ein Kind nicht hungrig in die Schule kommt, drittens Schulzahnkliniken für Zahnpflege eingeführt. Außerdem hat die Gemeinde Wien eigene Speiseanstalten für Kinder, womöglich in der Nähe der Schulen errichtet und es werden täglich dreißig- bis vierzigtausend Kinder gespeist.

Wenn nun die Buben und Mädchen 14 Jahre alt werden, werden sie in das städtische Berufsberatungsamt geführt und ärztlich untersucht. Es soll sich niemand einen Beruf erwählen, ohne daß er von Fachleuten beraten wurde. Dann muß er mit dem Berufsberatungsamt in Verbindung bleiben. Es kommt vor, daß irgend ein Lehrerbüro seinem Meister davonläuft, weil er eine Ohrfeige bekommen hat und da geht er zum Berufsberatungsamt und meldet dies dort. Das Amt schickt einen Beamten zum Meister, um ihm klar zu machen, daß man ein tüchtiger Mechaniker, Schlosser oder Tischler werden kann, wenn man auch keine Ohrfeigen bekommen hat. Wenn sich der Meister nun nicht ändert, wird ihm der Lehrerbüro weggenommen und es wird ihm eine andere Stelle verschafft.

Wenn dann der junge Mann älter geworden ist und selbst aus Beiraten denkt, kommt er noch immer zu uns. Wir haben vor einiger Zeit ein Eheberatungsamt gegründet. Diese Beratung ist von großer Wichtigkeit. Die Zahl der Geschlechtskrankheiten ist nach dem Kriege und durch den Krieg gestiegen. Wir mußten darauf sehen, daß sich die Leute abgewöhnen, sich zu genießen, die Krankheiten zu gestehen und leichtfertig andere Menschen ins Unglück zu bringen. Das alles ist nur ein ganz kleiner Ausschnitt, den ich ausgeführt habe. Sie sehen, was wir unter Fürsorge verstehen. Bei der Geburt anfangen, die Kinder nicht verlassen, nicht warten, bis die Menschen zu uns kommen, sondern sie selbst aufsuchen. Wir wollen nicht, daß auch nur ein einziger zugrunde geht. Das ist jedoch erst der Anfang. Wir werden zeigen, was sozialdemokratische Fürsorge für die Menschen bedeutet.

Wenn ich nun schließe, möchte ich noch der Alten Erwähnung tun. Wir haben heute in unseren Versorgungshäusern für die Alten nicht nur Arbeiter, wir haben auch Kerze und Kaufleute, deren Ersparnisse durch die Entwertung des Geldes zugrunde gegangen sind. Wir haben auch diese Versorgungshäuser umgestaltet und wenn wir auf etwas stolz sein können, ist es das, daß die Sterblichkeit in unseren Häusern um ein Drittel kleiner ist als vor dem Kriege, wo die Menschen gesünder waren.

Das ist ein Bild unserer Fürsorgetätigkeit. Es ist wahr, wir befeuern die Menschen her, die Rothschilds und Castiglioni's müssen zahlen. Wir verstehen es aber nicht nur einzunehmen, sondern auch auszugeben. Die Gemeinde Wien hat

### ungeheuerer Unternehmungen,

Betriebe und Aemter, in denen zusammen nicht weniger als 55.000 Menschen beschäftigt sind. Da gibt es auch manchmal Schwierigkeiten und es ist nicht immer leicht, die Interessen dieser Angestellten mit dem Gesamtinteresse der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Wir können nicht alle Wünsche erfüllen. Aber der Straßenbahner weiß, wenn er auch nicht immer mit uns zufrieden ist, daß er ein ganz bedeutend höheres Einkommen hat als der Eisenbahner, der bei den Staatsbahnen arbeitet.

An dem Beispiel Wiens wollte ich ihnen zeigen, was eine sozialdemokratische Gemeindeverwaltung vermag. Wie wir in die Gemeinde gekommen sind, haben wir von einer Verwaltung keine Ahnung gehabt. Wie wir im Feber 1919 die Gemeinde erobert haben, sind wir beisammen gesessen und haben beraten, wen wir in einem bestimmten Bezirk zum Bezirksvorsteher machen. Da hat jemand den Tischlergehilfen Lanner in Vorschlag gebracht. Lanner wehrte sich dagegen mit dem Bemerkten, er könne nicht einmal orthographisch schreiben. Auf unser Zureden hin hat er dann doch angenommen. Am Abend hat er den Hobei aus der Hand gelegt und Lanner, der nie einen Akt gesehen, nie ein Gesetz gelesen oder studiert hat, ist früh ins Amt gegangen. Die Magistratsräte haben ihn auch nicht sehr freundlich empfangen. Und heute ist Lanner einer der angesehensten Administratoren dieser Gemeinde, er hat seine Gesetzkennntnis, ja die Juristen kommen gegen ihn gar nicht auf. Anfangs hat er wahrscheinlich auch Fehler gemacht. Die Arbeiterklasse soll lernen, den Staat und die Gemeinde zu verwalten. Es ist

### eine neue Schicht von Menschen

aus der Arbeiterklasse hinaufgerückt, die verwalten lernen und, wenn vielleicht einmal ein anderes Jahr 1918 käme und wir im Staate dann auch wieder berufen wären zu verwalten — im Jahre 1918 hatten wir zu wenige Menschen, die es verstanden hätten

Ausführung der Wahlen in den bisher parlamentarisch nicht vertretenen Gebieten.

Die Gebiete von Teschen, Kullschin, Feldberg und Weitra entbehren bis zum heutigen Tage der Vertretung in der Nationalversammlung. Die Friedensverträge sind längst ratifiziert, alle strittigen Grenzfragen sind längst bereinigt, so daß für die Durchführung der Wahlen auch nicht das geringste Hindernis besteht.

Ein Antrag auf Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Beschlagnahme von Druckschriften.

Unser Genosse stellte in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses folgenden Antrag: Das Abgeordnetenhause wolle beschließen:

Gesetz

vom . . . . .

womit das 27. Hauptstück der Strafprozessordnung abgeändert wird.

Die Nationalversammlung hat nachstehendes Gesetz beschlossen:

Artikel I.

Das 27. Hauptstück des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 119, wird in nachstehender Weise abgeändert:

§ 1.

§ 487, 1. Absatz hat zu lauten:

„Druckschriften, welche gegen die Vorschrift des Preßgesetzes ausgegeben oder verbreitet werden oder deren Inhalt ein Vergehen gegen die öffentliche Sittlichkeit begründet oder eine Aufzweckung, Anreizung oder Verleitung zur Begehung eines Verbrechens enthält, wobei eine unmittelbare Gefahr besteht, daß die Verbreitung der Druckschrift zur Ausführung dieses Verbrechens führen würde, können von Staatsanwälten und an Orten, wo keine Staatsanwaltschaft besteht, von der Sicherheitsbehörde vorläufig beschlagnahmt werden.“

§ 487, 2. Absatz wird aufgehoben.

§ 2.

Im § 489 haben die Worte „wenn nicht eine von dem Staatsanwalt . . . bis . . . im Zuge befindet“ zu entfallen.

§ 3.

§ 193 hat zu entfallen.

Artikel II.

Bei jeder Beschlagnahme einer Druckschrift ist anzugeben, wegen welcher Stelle der betreffenden Druckschrift sie erfolgte und welche strafbare Handlung durch diese Stelle begangen wurde.

Artikel III.

Dieses Gesetz tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.

Jede Beschlagnahme, welche noch nicht rechtskräftig bestätigt wurde, erlischt an diesem Tage, sofern sie nach den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht zulässig gewesen wäre. Ein Schadenersatz gebührt in diesem Falle dem Beschädigten nicht, wofern die Beschlagnahme nach den bisherigen Bestimmungen gerechtfertigt wäre.

Artikel IV.

Dieses Gesetz wird vom Justizminister und vom Minister des Innern durchgeführt.

Wichtig und uneigennützig — so sind unsere Deutschnationalen.

Der deutschnationale Abgeordnete Kallina unternahm vor kurzem eine Reise nach Berlin, um dort dafür zu intervenieren, daß für jene Reichsdeutsche, welche in die deutschböhmisches Bäder fahren wollen, die Ausreisegelder von 500 Rentenmark nachgelassen oder ermäßigt werde. Nach seiner Rückkehr von Berlin rührte Herr Kallina eifrig die Trommel für sich und für die deutschnationale Partei, indem er seine Aktion für eine Ruhmesthat ausgab. Bald darauf aber brachte die tschechische Zeitschrift „Karlovarski List“ eine Notiz, in welcher behauptet wurde, daß Herr Kallina bei der Berliner Reichsregierung einen wohlverdienten Fußtritt mit der Bemerkung erhalten habe, daß für diese Angelegenheit nur die tschechoslowakische Regierung als Vermittlerin in Betracht käme, daß aber Herr Kallina seine Reise dennoch, mit Rücksicht auf die Entscheidung, die er hierfür von der Stadt Karlsbad erhalten habe, nicht bereuen werde. Auf diesen Angriff schied der Karlsbader Stadtrat. Unser Karlsbader Bruderblatt, „Volkswille“, hat inzwischen erfahren, daß Kallina in Berlin die tschechoslowakische Gesandtschaft brüskiert und so der Stadt Karlsbad bei der deutschen Reichsregierung, die er damit in eine peinliche Situation brachte, nur geschadet hatte. Nach langem

Der Balkan, das ewige Pulverfaß Europas.

Ein Sprung in der neuen italo-jugoslawischen Freundschaft: Belgrader Beschuldigungen und Drohungen gegen Italien.

Rom, 4. Juni. Bei der Erstürmung von Tirana waren auf beiden Seiten viele Tote und Verwundete zu verzeichnen. Ferner haben die Nationalisten Verat befehlt. Die Verhandlungen, um den Marsch nach Skutari zu verhindern, blieben bisher ergebnislos. Nach Belgrader Meldungen beobachtet man dort besonders die Tätigkeit des früheren Ministerpräsidenten Luigi Gurakuli, der als Vertrauens-

mann Italiens angesehen und unter den Maffiosen sehr einflussreich sei. Einige Belgrader Blätter beschuldigen Italien, die Bewegung zu schüren, um seinen Einfluß zu stärken, und drohen mit dem Marsche jugoslawischer Truppen nach Skutari, wenn italienische Kriegsschiffe an die albanische Küste entsandt würden.

Die Wiener Tagung der Sozialistischen Internationale.

Sitzung der Exekutive.

Wien, 5. Juni. (Eigenbericht.) In Wien trat heute die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale zu einer für drei Tage anberaumten Sitzung zusammen. Die Tagung war nahezu vollständig besetzt, nur die Vertreter Deutschlands werden infolge der parlamentarischen Situation erst für morgen erwartet.

Aus der Tschechoslowakei sind die Genossen Dr. Czeh, Dr. Soukup und Dr. Bartosel (Sozialistische Vereinigung) erschienen. Bürgermeister Seich begrüßte die Tagung namens des Parteivorstandes, worauf die Exekutive Vanderbelde (Belgien) zum Vorsitzenden wählte. Die Exekutive nahm den Bericht des Sekretärs entgegen, der von Friedrich Adler erstattet wurde. Er stellte fest, daß seit der letzten Sitzung der Exekutive die internationalen Beziehungen zwischen den angeschlossenen Parteien sich gefestigt haben, und daß die Stellung der Internationale in der Weltpolitik durch die jüngsten großen Erfolge der sozialistischen Parteien in verschiedenen Ländern an Kraft und Ansehen gewonnen hat.

Die Exekutive beschloß, an die schwedische Sozialdemokratie, die zur Zeit einen Parteitag abhält, ein Begrüßungstelegramm zu richten. Im Anschluß an den Tätigkeitsbericht wurde ferner auf eine Anregung Vanderbeldes beschlossen, die Durchführung der Maifeier in den einzelnen Ländern als Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Exekutivsitung zu stellen. Den Bericht des Kassiers erstattete Wallhead (England). Die Exekutive wählte ein dreigliedriges Komitee, welches unter Zuziehung des Sekretärs und des Kassiers den Bericht prüfen und morgen Vorschläge erstatten wird.

Schweigen meldete sich endlich der Karlsbader Stadtrat zum Wort und teilte der Redaktion des „Volkswillen“ mit, daß er, der Stadtrat, sich verpflichtet fühlte, dem Herrn Abgeordneten Kallina die Kosten seiner Berliner Reise im Betrage von 1255 Kronen zurückzuerstatten. Der deutschnationale Abgeordnete Kallina hat sich also für eine Reise, von der gar nicht feststeht, daß er hiezu vom Stadtrat erlaubt wurde, und die übrigens vollkommen ergebnislos, wenn nicht negativ verlaufen ist, 1255 Kronen auszahlen lassen, derselbe Kallina, der neben seinen Abgeordnetenämtern seit Jahr und Tag als beurlaubter städtischer Beamter einen hohen Gehalt bezieht. Wenn es der deutschnationalen Partei recht ist, daß ihr Abgeordneter Kallina aus dieser Tat eine deutschnationale Parteiatktion macht, kann es uns recht sein.

Ausland.

Eine neue Regierungskrise in Belgien.

Die Gerüchte von einer kommenden Regierungskrise in Belgien wollen nicht verstummen. Die Frage, worüber das erst vor kurzem eher schlecht als recht neu zusammengestellte Kabinett Theunis zu stolpern droht, betrifft das Stimmrecht der Frauen in den Provinzialkörperschaften. Ueber diese Frage ist die jetzige katholisch-liberale Regierungsmehrheit hoffnungslos gespalten. Während die katholische Partei auf dieser Reform unbedingt besteht, weil sie mit gutem Grunde beträchtliche Wahlvorteile für sich davon erwartet, wollen die Liberalen vom Frauenstimmrecht nichts wissen. Sie berufen sich u. a. darauf, daß bei der letzten Regierungsbildung ausdrücklich vereinbart wurde, alle strittigen Fragen beiseite zu lassen und das Regierungsprogramm auf den Wiederaufbau und die internationalen Fragen zu beschränken. Dies wird von den Katholiken bestritten. Inzwischen sind die Auffassungen über die einzunehmende Haltung auch in der katholischen Partei geteilt. Während ein Teil von ihr den Gesekentwurf zur Einführung des Frauenwahlrechts zu den Provinziallandtagen sofort in der Kammer zur Diskussion bringen will und sich davon auch durch die formelle Drohung der liberalen Minister, unverzüglich von der Regierung zurückzutreten, nicht abhalten läßt, möchte ein anderer Teil der katholischen Führer den Liberalen soweit entgegenkommen, die Diskussion der Frage bis

Breuklich-völkische Schandjustiz.

Freispruch der Secki-Attentäter!

Berlin, 5. Juni. (Wolff.) Im Prozeß Thormann-Dr. Grandell, wegen des versuchten Attentats auf General von Secki, wurden beide Angeklagten freigesprochen und die Prozeßkosten der Staatskasse auferlegt. Die Haftbefehle gegen die beiden Angeklagten wurden sofort aufgehoben.

Nach Berliner Zeitungstimmen meldete der Staatsanwalt gegen den Freispruch die Revision an.

Tumulte im sächsischen Landtag.

Polizei schleppt Volksvertreter aus dem Hause.

Dresden, 5. Juni. In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages inszenierten die Kommunisten, da verschiedene Anträge abgelehnt worden sind, Krawalle und der Abgeordnete Berg warf den Hammer des Präsidenten in den Saal hinein. Die Sitzung mußte unterbrochen werden.

Nach Wiederaufnahme teilte der Präsident mit, daß Abgeordneter Berg ausgeschlossen sei und verlagte die Sitzung abermals, um Berg Gelegenheit zu geben, sich aus dem Saale zu entfernen. Bei der nächsten Wiederaufnahme der Sitzung war Berg noch anwesend und blieb auch trotz dreimaliger Aufforderung des Vorsitzenden. Darauf verließen alle anderen Abgeordneten, mit Ausnahme der Kommunisten, den Saal und nach einer Pause erschienen zwölf Polizisten, welche nach einem bösen Handgemenge den Kommunisten Berg gewaltsam aus dem Saale und dem Gebäude hinausbeförderten.

Große Industriekrise in Sachlen.

Dresden, 5. Juni. Der sächsischen Industrie droht eine schwere Krise. Zahlreiche Werke haben wegen Geld- und Kreditmangel Stilllegung vornehmen oder ankündigen müssen. So die große Waggonfabrik Busch in Bautzen, die Lauchham-

nach den Parlamentsferien zu vertagen. Der endgültige Beschluß der katholischen Partei über diese Streikfrage wird in den nächsten Tagen erwartet. Aber selbst wenn die gemäßigtere Richtung die Oberhand gewinnt, so würde das nur eine Vertagung der unabwehrbaren Regierungskrise um wenige Monate bedeuten. Denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Vorschlag des Frauenstimmrechtes für die Provinzialwahlen sowohl in der Kammer wie im Senat eine Mehrheit erhält, und damit können sich die Liberalen nur als Oppositionspartei abfinden. Im übrigen hat auch der Wahlsieg der Linken in Frankreich die Stellung der Regierung Theunis, die trotz gelegentlichen Sträubens sich immer wieder vor den Wagen Poincares hat spannen lassen, innerlich wie äußerlich erschüttert, wenn das auch noch nicht auffällig in Erscheinung tritt. Zwischen einer englischen Arbeiterregierung und einer französischen Linkenregierung ist für eine katholisch-liberale Koalitionsregierung in Belgien kein Platz. Darüber kann keine Phrase hinweghelfen, daß der Ruck nach links in der öffentlichen Meinung Belgiens unverkennbar und immer energischer durchgreift. Es wird unter diesen Umständen unvermeidlich sein, die Neuwahlen des Brüsseler Parlaments früher als zum vorbestimmten Termin (Mai 1925) anzuzusetzen.

Das russisch-chinesische Abkommen perfekt.

Die Sowjetregierung hat nach wiederholten Verzögerungen jetzt endlich ein Abkommen mit China erreicht. Bekanntlich standen die beiden Mächte bereits einmal vor einem Vertragsabschluss. Damals sollten die Eingriffe anderer Staaten, insbesondere Drohungen Poincares an China, den Abschluß verzögert haben. Tschi-Scherin nimmt den erfolgten Vertragsabschluss zum Anlaß längerer Betrachtungen in der „Pravda“. Er nennt die Aufnahme normaler Beziehungen mit China eine Tat von historischer Bedeutung, die von der fortschreitenden Emanzipation der Völker des Ostens, die freundschaftlichen Beziehungen zu der Sowjetunion zu befestigen, Zeugnisse ablegte. Unter anderem erklärt er, daß eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China die denkbar weitesten Ausichten eröffnet. Es sei jetzt vor allem notwendig, zunächst eine Handelsvertretung in Peking zu eröffnen und die Sowjetseefahrt auf dem Stillen Ocean zu erweitern.

mer-Werke in Niesha, ferner verschiedene Zigarettenfabriken teils vollständig, teils in einigen Abteilungen. Im Arbeitsministerium fanden Verhandlungen statt, die ergaben, daß auch die grobe Werkzeugmaschinenfabrik der Zimmer-Werke A. G. Chemnitz zwischen dem 18. und 24. d. ihren Betrieb stilllegen müsse, wodurch 1150 Arbeiter brotlos werden.

Gründliche Reorganisation des Völkerbundes.

Reformpläne Macdonalds und Mussolinis.

Berlin, 5. Juni. Der „Vorwärts“ meldet aus London: Im englischen Außenamt tagte gestern unter dem Vorsitz Lord Parmoors eine Konferenz der verschiedenen Ministerien, die Stellung zu den Absichten Macdonalds nahmen, der Vollversammlung des Völkerbundes in Genf am 25. August beizuwohnen und ihr ein Exposé über die englische Außenpolitik vorzulegen. Lord Parmoor ist überzeugt, daß auch Herriot dem Plane Macdonalds zustimmen werde. Die Absicht Macdonalds geht dahin, daß der Rat des Völkerbundes sobald wie möglich reorganisiert werde, da er ihn gegenwärtig für ziemlich wirkungslos halte. Mussolini ist außerdem der Ansicht, daß der Völkerbundrat viel öfter zusammenzutreten und auch viel mehr den Charakter einer ständigen Exekutivbehörde erhalten müsse. Macdonald beabsichtigt in der Vollversammlung des Völkerbundes auch die Sicherheitsfrage aufzuwerfen, die augenblicklich wieder in den Hintergrund getreten ist.

Beratung der Sozialistischen Jugendinternationale.

In Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftskongreß tagte am 2. Juni in Wien auch das Büro der Sozialistischen Jugendinternationale. An der Sitzung nahmen teil die Genossen Boogd (Holland), Thaller und Heinz (Österreich), Ollenhauer (Deutschland), Paul (Tschechoslowakei) und De Grave (Belgien). Zur Verhandlung standen die Arbeiten des Sekretariats seit der Exekutivkomiteesitzung in Hannover, die in nächster Zeit in Angriff zu nehmenden Aufgaben und Finanzfragen.

Bei der Besprechung des Geschäftsberichtes wurde der Herausgabe einer Pressekorrespondenz neben der weiter monatlich erscheinenden Zeitschrift, sowie dem Druck einer Werbebroschüre zugestimmt. Ferner wurde beschlossen, zu dem zu Pfingsten stattfindenden Internationalen Jugendtag in Teplitz-Schönan, Aarhus und Vierhouten als Vertreter des internationalen Büros zu entsenden. Auf einer späteren Tagung der Internationale soll das Verhältnis der sozialistischen Jugendbewegung zu den bürgerlichen Jugendorganisationen zur Beratung gestellt werden.

Als Vertreter zum Internationalen Gewerkschaftskongreß wurden die Genossen Boogd (Holland) und De Grave (Belgien) und als Vertreter der Sozialistischen Jugendinternationale im Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale der Genosse Heinz (Österreich) delegiert.

Bei der Besprechung der geplanten Antikriegsdemonstration wurde beschlossen, die Verbände aufzufordern, neben der Propaganda für diese Veranstaltung auch internationale Grenztreffen zu organisieren und sie zu Kundgebungen gegen den Krieg auszugestalten.

Ende des Jahres soll die erste internationale Führerausprache stattfinden, an der vor allem die Frage diskutiert werden soll, in welchem Umfang und in welcher Art die angeschlossenen Verbände die im Programm der Sozialistischen Jugendinternationale niedergelegten Grundzüge verwirklicht haben. Die Bestimmung des genauen Termins und des Ortes dieser Tagung wird einer späteren Vereinbarung vorbehalten.

Schlusssatz wurde die noch stattfindende Konferenz des Komitees zur Beratung der wirtschaftlichen Fragen vorbereitet.

Explosion in der Glashütte Inwald in Judmantele.

Gestern nach 10 Uhr vormittags ereignete sich in einem Ofen der Glashütte Inwald in Judmantele, in dem die Chamotteplatten für die Ofen hergestellt werden, eine heftige Explosion. Diese war so gewaltig, daß drei Personen, zwei Arbeiter und eine Arbeiterin, verletzt wurden. Von den Verletzten wurde der Glasmacher Kohoutel am schwersten getroffen, denn ihm wurde der rechte Arm oberhalb des Ellenbogens zerfummert. Außerdem erlitt er einen Rippenbruch. Die beiden anderen Verletzten kamen mit leichten Verwundungen davon. Alle drei Personen wurden dem Krankenhaus eingeliefert.

Für die Gewalt der Explosion ist bezeichnend, daß der Ofen, welcher mit Eisenschienen zusammengehalten wurde, vollständig zerrissen worden ist und auch das Dach oberhalb des Ofens gänzlich zerstört wurde. Einige etwa 40 kg. schwere Chamotteplatten wurden 20 Schritte weit geschleudert. Da in der Nähe der Explosionsstelle etwa 100 Arbeiter an einem Glasofen arbeiteten, ist es nur dem Zufall zuzuschreiben, daß nicht mehrere Menschen dem Unglück zum Opfer fielen. Die Ursache der Explosion ist noch nicht aufgeklärt, da erst die Untersuchung volle Klarheit bringen kann. In diesem Teile des Betriebes mußte der Betrieb sofort eingestellt werden.

„Der Todesstrahl“.



Grindell Matthews.

Welt über technische Kreise hinaus erregt die Erfindung eines Engländers Grindell Matthews Aufmerksamkeit...

Es scheint aber, als habe Grindell Matthews den Mund ein wenig voll genommen. Sonst hätte sicher die englische Regierung...

Tages-Neuigkeiten.

Militärische Fragen.

In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses des Abgeordnetenhauses wurde die Regierungsvorlage betreffend die Festsetzung des Friedensstandes des Heeres verhandelt.

Die Advokaturkandidaten und die Sozialversicherung. Im Parlamente sprachen die Vertreter der Advokaturkandidaten...

Auffiger Kulturtag. Der Reichsverband sozialistischer Lehrer und Erzieher, Bezirksgruppe Aufsig, teilt uns mit: Am 29. und 30. Juni findet in Aufsig ein Kulturtag statt.

Aus der Abteilung des „Prager Tagblatt“ für Geschlechtsverkehr. In der Donnerstagsnummer des „Prager Tagblatt“ befindet sich folgendes Inserat...

Ich ersehne mir mit aller Tiefe, die mir eigen ist, körperlich und geistig

hochwertigen Gatten.

Ich biete auf Liebe, hohe Intelligenz und Bildung gegründetes Frauentum, nach Freude und Same und allem Idealen strebendes Wesen...

Ich biete... Ich suche... Kein Zweifel, diese hochintelligente Frau verdient einen hochwertigen Mann.

Das Bürgerliche Gesetzbuch. Das Justizministerium verlautbart: Die Arbeiten an dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuche für die Republik sind soweit fortgeschritten...

Hagelschlag und Ueberschwemmung. Aus Bernsdorf bei Trautenau wird uns berichtet: Am 1. Juni ging in den Nachmittagsstunden ein schwerer Unwetter...

Zehnte Klassenliste. (18. Tag.) Bei der Ziehung der fünften Klasse der zehnten Klassenliste wurden die Grundzahlen 70 und 73 gezogen.

Ämtliche Richtpreise für Obst am Baume. Ämtlich wird verlautbart: Nach dem übereinstimmenden Entschieden von Sachleuten wird die heutige Obst-ernte...

heruntergehen, wenn nicht auf den Grundpreis zurückgegangen wird, denn die Verpachtung der Obststern ist ein Spiel der Spekulation geworden...

- für Rirschen bis 1. Juli für 1 Kg. 40 h, für Rirschen nach dem 1. Juli für 1 Kg. 25 h; für Zwetschen bis 15. August für 1 Kg. 20 h...

Diese Preise gelten bloß für Obst für den laufenden Bedarf, nicht aber für ausgesuchtes Tafelobst, wie Aprikosen, Pfirsiche, Apfelsinen, Weicheln...

Von einem Herde erschlagen. Der Zimmermann Georg Uhl in Stropitz bei Franzensbad wurde bei Ausübung seiner Fischereiarbeiten an den Liebensteiner Teichen von einem Pferd derart heftig an den Kopf geschlagen...

Die neuen Fahrpreise in Prag. Wie der Prager „Nachzeitung“ aus verlässlicher Quelle berichtet wird, werden auf den Straßen der Prager elektrischen Straßenbahn Fahrkarten ohne Umsteigen um 80 h und Umsteigearten um 1 K 20 h eingeführt werden.

Verkehrsöffnung der staatlichen Automobil-Linie Cesty Dub-Vebenau. Am 7. Juni 1924 wird mit der Beförderung von Personen und Gepäckstücken auf der Postautomobil-Linie Cesty Dub-Vebenau laut folgendem Fahrpläne begonnen werden:

Ein Pflegeamt für stülisch gefährdete Frauen und Mädchen wird in Leipzig errichtet. Die Stadtverordneten haben im Feber beschlossen, an der Bildung eines Pflegeamtes für Frauen und Mädchen festzuhalten...

Eine unbekannte Viehseuche an der deutsch-holländischen Grenze. An der deutsch-holländischen Grenze wüthet seit einigen Tagen eine furchtbare Viehseuche. Die Natur der Krankheit ist unbekannt.

Skandinavien's Kampf gegen den Alkohol. Die Regierung hat im schwedischen Reichstage eine Vorlage betreffend die ungesetliche Handhabung mit geistigen Getränken eingebracht.

Wasser unter dem Sand der Sahara. Das Niederbringen arabischer Brunnen hat seit Jahren die Erfahrung bestätigt, daß sich unter dem Sand der Sahara ein Wasserspiegel befindet...

Tagung des „Hauptvereines deutscher Ingenieure“. Die diesjährige Tagung des Hauptvereines deutscher Ingenieure (S. d. I.) findet zu Pfingsten in Aufsig statt.

über Ingenieurbauwesen und Baukunst und eine Reihe von Vorträgen über Wärmewirtschaft statt. Die Nachmittage und der 10te des Monats sind für den Besuch der Ausstellung für Kultur und Wirtschaft und zur Beschäftigung von Industrie-Unternehmungen in Aussicht genommen.

Schwerer Straßenbahnunfall in Prag. Ein unbekannter, ungefähr 35jähriger Mann, wurde um vierel 12 Uhr vormittags in der Nationalstraße vor der Polizeidirektion von einem Motorwagen der Biererlinie (Wagenführer Nr. 1981) überfahren und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Wetterbericht vom 5. Juni. Der Mittwoch war im Norden der Republik vorwiegend heiter und trocken, im Süden dagegen begannen die Niederschläge, die an einzelnen Stellen der Südwestflora-alei ziemlich ergiebig waren.

Kleine Chronik.

Fingerabdrücke auf Briefsiegeln. Einen interessanten Fall der Anwendung des Fingerabdruckverfahrens teilt Regierungsrat Wolz, der Leiter des Erkennungsamtes in Karlsruhe, in der neuesten Nummer der Zeitschrift „Die Polizei“ mit...

Die Radio-Nachtigall. Dem Genieher des Rundfunks soll jetzt auch die Wähe erspart werden, in Feld und Fluß hinauszuweichen, um dort den Tönen der Nachtigall zu lauschen...

# Volkswirtschaft.

## Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz.

Samstag, den 31. Mai tagte im Gebäude der Oesterreichischen Gewerkschaftskommission die vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufene Internationale Arbeiterinnenkonferenz.

Es waren vertreten die Landeszentralen von Belgien, England, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Deutschland und Oesterreich durch 44 Delegierte. Den Vorsitz führte als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes Johann Sassenbach. Zur Präsidentin wird Genossin Anna Boschek gewählt.

Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte:  
1. Auf welche Weise können die Arbeiterinnen am besten den Gewerkschaften zugeführt werden?  
2. Die Stellung der gewerkschaftlichen Landeszentralen zum Internationalen Arbeiterinnenbund.

Auf Vorschlag Sassenbachs werden beide Punkte in einem behandelt.  
Die offizielle Referentin Edith Mac Donald, Vertreterin der englischen Gewerkschaften, hofft, daß die Konferenz positive Vorschläge für eine Kampagne zugunsten des internationalen Zusammenschlusses und des gewerkschaftlichen Ausbaus der Frauenorganisation machen werde. Sie erwartet von einer ständigen beratenden Körperschaft stimulierende Wirkungen für die Arbeiterinnenbewegung der einzelnen Länder, erklärt sich jedoch gegen jede separatistische Organisationsform.

Genossin Hanna (Deutschland) tritt für die deutsche Auffassung der Einheitsorganisation ein, hat aber nichts gegen die Abhaltung spezieller Arbeiterinnenkonferenzen. Nach einer ausführlichen Diskussion wird folgende Resolution angenommen:  
„Die internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz, zusammengesetzt aus Vertretern der gewerkschaftlichen Landeszentralen und des Internationalen Arbeiterinnenbundes, die am 31. Mai 1924 in Wien tagt, nimmt Kenntnis von der Erklärung des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes, daß dieses bereit ist:  
1. Nach Bedarf eventuell vor dem Zweijahreskongress des IGB eine Arbeiterinnenkonferenz einzuberufen;  
2. die Frage der Aufstellung eines Arbeiterinnenkomitees, das mit dem IGB zusammenarbeiten soll, zu prüfen und diesbezügliche Richtlinien auszuarbeiten;  
3. die Anstellung einer besonderen Sekretärin für die Propaganda unter den Frauen späterhin in Erwägung zu ziehen.  
Die Delegierten zur Arbeiterinnenkonferenz nehmen die aus den einzelnen Ländern erstatteten Berichte zur Kenntnis und versprechen, ihren Organisationen davon Mitteilung zu machen. Sie erklären es für ihre Pflicht, sich in ihrem Lande eifrig für die Agitation unter den Arbeiterinnen einzusetzen.“

Genossin Boschek konstatiert zum Schluß mit Befriedigung, daß keine Mißverständnisse beseitigt wurden und sich alle Kongreßteilnehmer im Prinzip für die einheitliche Organisation beider Geschlechter aussprechen. Ueber die Hauptfrage, die die Konferenz beschäftigt hat, werden sich die Länder selbst anhand der Resolution auszusprechen haben. Sassenbach verspricht die Unterstützung des IGB bezüglich der gemachten Vorschläge.

**Konferenz der Internationalen Berufssekretariate mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes.**  
Laut Beschluß der im November 1923 in Amsterdam abgehaltenen Sitzung der Internationalen Berufssekretariate mit dem IGB, fand am Vorabend des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien unter Leitung des Vorstandes des IGB eine Konferenz statt, in der die im November 1923 unterbreiteten Vorschläge des Büros des IGB betreffend die organisatorischen Beziehungen zwischen dem IGB und den Internationalen Berufssekretariaten ratifiziert werden sollten. Während in der Novemberberatung die ersten vier Punkte Teilnahme der Berufssekretäre als Gäste am Internationalen Gewerkschaftskongress, Abhaltung zweijähriger internationaler Konferenzen, Aufnahme von drei Vertretern der Berufssekretariate in den Vorstand des IGB, mit beschließender Stimme und Pflicht der Berufssekretariate in allgemeinen Fragen keine endgültigen Beschlüsse zu nehmen ohne vorherige Beratung mit dem IGB, einstimmig gutgeheißen wurden, erklärten sich sechs Berufssekretariate gegen Punkt fünf betreffend die Bestimmungen für die Zulassung zu den Berufssekretariaten.

Die Konferenz fand unter dem Vorsitz Merrens im Gebäude der Oesterreichischen Gewerkschaftskommission statt. Abgesehen von den Berufssekretariaten vertreten: Bergarbeiter, Transportarbeiter, Metallarbeiter, Putzmacher, Zimmerer, Lederarbeiter, Privatangestellte, Postangestellte, Lithographen, Lebensmittelarbeiter, Landarbeiter, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, öffentliche Angestellte, Maler, Buchbinder, Bekleidungsarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter und Typographen.  
Die ersten beiden Tage wurden vollständig der Ratifizierung der Beschlüsse vom November 1923 gewidmet. Einige Berufssekretariate, so z. B. die Transportarbeiter, Metallarbeiter, und Lebensmittelarbeiter brachten vor allem die Frage

unserer Stellung zu den russischen Organisationen zur Erörterung und es fanden in diesem Zusammenhang ausführliche Beratungen statt. Trotz tatsächlicher Meinungsverschiedenheiten gingen alle Delegierten in der Auffassung einig, daß die Einheit zwischen den Berufssekretariaten und dem IGB im Interesse der ganzen Arbeiterklasse gewahrt bleiben muß. Es wurde denn auch mit einer Stimmhaltung (Bergarbeiter) folgender Antrag Dr. Maier (Postangestellte) mit einem Zusatzantrag einstimmig angenommen:  
„Die Konferenz der Internationalen Berufssekretariate vom 31. Mai und 1. Juni 1924 erklärt, daß als einzige Gewerkschaftsinternationale aller Gewerkschaften ausschließlich der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam anerkannt wird.  
Die Beschlüsse der Konferenz des IGB und der Internationalen Berufssekretariate vom 9. und 10. November 1923 werden als organisatorische Richtlinien anerkannt.  
Sollten internationale Berufssekretariate in die Notwendigkeit verfaßt werden, von diesen Regeln abzuweichen, so sind sie gebeten, sich zuvor mit dem Vorstand des IGB, oder wenigstens mit einer Konferenz zwischen dem Büro des IGB und den drei Vertretern der internationalen Berufssekretariate in Verbindung zu setzen.“

**Preisindex und Kronenwert.** Die „Narodni Listy“ veröffentlichen allmonatlich einen Index der Großhandelspreise, der auf andere Art errechnet wird wie der Großhandelsindex des staatlichen statistischen Amtes und der daher von dem staatlichen Index sich unterscheidet. So betrug der staatliche Index vom März 1924 1036, der Index der „Narodni Listy“ 976. Dieser Index gibt den Durchschnitt der Warenpreise im Verhältnis zum 1. Juli 1918 wieder, ist also ein Papierkronenindex, die Abänderung des Goldwertes der Krone ist darin nicht berücksichtigt. Berücksichtigt man auch dieses Moment, so betrug der Index der „Narodni Listy“ in Gold für März 1924 140, der Goldindex des statistischen Staatsamtes 146.6. Mit anderen Worten, auch wenn man die Entwertung der Krone gegenüber 1914 in Betracht zieht, sind die Preise in Goldkrone heute um 40 bis 50 Prozent höher als 1914.

**Die Sozialisierung des englischen Bergbaues.** Der englische Staatssekretär für Bergbau Shinwell erklärte in einer Rede in Porth (Schottland), der Bergbau sei die wichtigste Industrie, von der das Gedeihen der britischen Wirtschaft abhängt und dürfe daher nicht dauernd Privateigentum bleiben. Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß die Diskussion über diese Frage durch die unlängst erfolgte Verwerfung des von einzelnen Abgeordneten der Arbeiterpartei eingebrachten Vorschlags erledigt sei; die Regierung sei mehr als je zur Nationalisierung des Bergbaues entschlossen und voller guter Hoffnung in bezug auf ihre politische und technische Durchführbarkeit.

**Kunst und Wissen.**  
**Aufführung symphonischer Werke im deutschen Theater.**  
Das Neue deutsche Theater in Prag war sich seiner künstlerischen Verpflichtungen im Rahmen des Prager internationalen Musikfestes vollkommen bewußt. Diese Verpflichtungen erschienen um so zwingender, als es galt, mit Rücksicht auf die Ausschaltung der deutsch-tschechoslowakischen Tonkunst bei den offiziellen Festkonzerten wenigstens offiziell der verammelten internationalen Musikwelt Kenntnis zu geben von der hohen Kultur der deutschen Musik in Prag. Der besondere Wert der Musikgeschichtnisse im Prager deutschen Theater aber liegt darin, daß die dort ausgeführten Werke sämtlich Uraufführungen darstellten. Die erste Veranstaltung war ein philharmonisches Konzert am Mittwoch, Alexander Zemlinsky's „Lyrische Symphonie“ und zwei Choralvorspiele von F. S. Bach in der orchestralen Bearbeitung Arnold Schönbergs bildeten das Programm. Die „Lyrische Symphonie“ Zemlinsky's ist zwar kein gigantisches Werk, das durch dramatische Größe und Wucht erschüttert oder überwältigt, aber in seiner durchaus lyrischen Art, die sich nie weicht gibt, sondern in verkürzter, edler und wo es nötig ist effastischer Ausdrucksweise, ist es eines der bedeutendsten Werke der neuerzeitlichen symphonischen Musikliteratur. Seinem formalen Aufbau nach lehnt es sich an die von Gustav Mahler gefundene Symphonieform an, die zur Vertiefung des musikalischen Ausdruckes Solofangstimmten heranzieht; es ist für großes Orchester und zwei Solostimmen (Sopran und Bariton) geschrieben. Sieben Gedichte von Rabindranath Tagore bilden die Texte der Wechselgesänge und geben gleichzeitig den lyrischen Hauptinhalt der Symphonie an: Sehnsucht—Liebe—Entsagung. Das symphonisch selbständig behandelte Orchester stellt den Zusammenhang dieser Gesänge her, und zwar durch nachbetrachtende und vorbereitende Zwischenstücke und durch die Gedankenverbindung der musikalischen Themen der einzelnen Teile. Zemlinsky's symphonische Tonsprache ist von abgeklärter Schönheit und offenbart überall den auf Echtheit des Ausdruckes bedachten Meistern; die Instrumentierung des Werkes zeigt eine seltene Wärme im Klanglichen, ist ebenso an dufsig zarten wie inbrünstig glühenden Farben reich und wohlthuend zurückhaltend im Kraftaufwande gegenüber den Singstimmen. Diese selbst sind wenig gefangsmäßig behandelt und erinnern in vielen Wendungen an die Melodiebildung Mahlers. Die Solostimmen in Zemlinsky's Werk sangen Frau de Garmo und Herr Schwarz. Dieser bestätigte auch durch diese neue, rein stimmlich und gefangstechnisch wie vor-

tragskünstlerisch gleich hochwertige und hinreichende Leistung, daß er einer der besten deutschen Baritonisten der Gegenwart ist. Frau de Garmo war vor allem musikalisch außerordentlich zufriedenstellend, während gefangsmäßig ihrer Stimme der sinnliche Gefühlsreichtum fehlt, den lyrischen Inhalt der Gesänge restlos auszuköpfen.

Vor der Zemlinsky'schen Symphonie gelangten zwei Choralvorspiele von Bach in der Orchesterbearbeitung des Wiener Neudörers Arnold Schönberg zur Uraufführung. Sie bildeten einen großen Gegensatz zur rein gefühlsmäßigen Tonkunst Zemlinsky's. Denn Schönberg zeigt sich in diesen Bearbeitungen lediglich als virtuos mit dem Orchesterapparat umgehender und in der Vieldeutigkeit des polyphonen (mehrstimmigen) Stiles mehr aufreizend als von innerer künstlerischer Notwendigkeit überzeugender Verstandesmusiker.

Die Ausführung dieses dem Umfange nach wohlthuend begrenzten Konzertprogrammes zeigte unser deutsches Theaterorchester auf ragender künstlerischer Höhe. Die effastische, mitforttreibende, ebenso genial großzügige wie im Detail eindringlich sorgfältige nachschaffende Art Zemlinsky's ist einzig dastehend. Dem Konzert, das einen ebenso großen äußeren wie künstlerischen Erfolg hatte, wohnte bis zum Schluß Präsident Masaryk bei.  
Edwin Janetschek.

**Heute Schönbergs „Erwartung“ und Ravel's „L'heure espagnole“.** Der heutige zweite dem Neuen deutschen Theater im Programme des Internationalen Musikfestes zugefallene Abend bringt die Uraufführung von Arnold Schönbergs einaktigem Monodrama „Erwartung“. Die einzige Partie kreiert Frau Marie Gutheil-Schoder von der Wiener Staatsoper, die musikalische Leitung hat Alexander Zemlinsky. Als zweites Werk wird Johann Maurice Ravel's einaktige musikalische Komödie „L'heure espagnole“ (Eine Stunde in Spanien) gegeben werden und zwar zum ersten Male in deutscher Sprache.  
**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Freitag „Erwartung“, „L'heure espagnole“; Samstag „Cavalleria rusticana“, „Bajazzo“; Pfingstsonntag nachmittags „Der Fürst von Pappenheim“, abends „Der Feldherrnhügel“; Pfingstmontag nachmittags „Die blaue Maus“, abends „Vocaccio“.  
**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Freitag „Komödie um Rosa“, Samstag „Die blaue Maus“; Pfingstsonntag „Die schöne Mama“; Pfingstmontag abends „Das Kamel geht durch das Radelöhr“.

**Bereinsnachrichten.**  
**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag**  
Pfingstwanderungen: 1. Partie: Ausflug in das Riesengebirge. Abfahrt Samstag Denstsbahnhof. Zusammenkunft pünktlich 13.40 Uhr. Legitimation und Ausrüstung mitnehmen. 2. Partie: Lobitz—Schlefen, Felsenwohnung, Badegelegenheit. Abfahrt Samstag Masarykbahnhof. Zusammenkunft 14.40 Uhr. 2806

**Mitteilung aus dem Publikum.**  
Den Fortschritten der Wissenschaft „Chemie“ verdankt man die außerordentliche Verbilligung eines der edelsten Gewürze, des „Vanille-Aromas“, indem die teure Vanille-Schote vollkommen durch Deiters Vanillinsünder ersetzt wird. Ein Bäckchen à 60 Heller gibt so viel aus, wie zwei bis drei Schoten guter Vanille. Für Milch- und Mehlspeisen, für Kakao, Schokolade, Tee, Cremes, Gughupf; Puddings; Schlagobersorten etc. ist Deiters Vanillinsünder ein unübertroffenes, feines, Gewürz. Mit Staubzucker vermischt, ist es zum Bestreuen aller Art Bedereien und Mehlspeisen geradezu unentbehrlich. Allen Lesern unserer Zeitung sendet die Firma Dr. A. Decker, Nährmittelfabrik, Brünn, ihr Rezeptbuch T2 gratis und franko.

**Turnen und Sport.**  
**Erste Ausfahrt der Arbeiterradfahrer von Vela.**  
Am Sonntag, den 18. Mai um 8 Uhr früh fanden sich 12 Fahrer zur ersten vom Fahrwart Schneider angelegten Vereinausfahrt zusammen. Die Fahrt ging im anmutigen Culautal langsam aufwärts, über Königswald bis zur höchsten Erhebung, der bekannten Fiebichshöhe, von wo man schon einen herrlichen Fernblick genießen kann. Gerabedau im Westen der breite Leplicher Talleffel mit dem Leplicher Schloßberge, links davon den Vorkchen bei Pilsen, Milschauer und als Abschluß ein Städtchen blaues Eibland bei Ruffsig; rechts in der Höhe die Kaiserwarte bei Röllendorf und im Hintergrunde das Müdentürmchen bei Graupen. Bei diesem Gefälle passierten wir Arbesau und Aulm. Hier liegt rechts ab von der staubigen Hauptstraße eine schöne, und was die Hauptstraße ist, auch automobilsfreie Straße. Mit flottem Tempo, immer am Fuße des Erzgebirgsalmes entlang, ging es durch die Orte Straden, Hofenstein, Mariaschein; hier ein kleiner, unfreiwilliger Aufenthalt (Pedalbruch). Sodann Graupen, Pofental, woselbst Pedalbruch eine Unterbrechung der Fahrt nötig machte; Jüdenorf nach Eibwald. Püch gelegenes Dorf mit einer herrlichen Umgebung. Nach kurzem Aufenthalt ging es im herrlichen Soogrundtale stramm zu Fuß in eineinhalb Stunden nach dem kleinen Bergstädtchen Dinterzinwald (855 Meter). In früheren Jahren wurde hier nach Jinn und Wolfram gegraben. Die großen,

weißen Schloßberge übten auf das Auge einen ganz sonderbaren Reiz aus. Dinterzinwald ist Orangerort. Wir fuhrten aber lustig weiter, bis uns das seit 1914 eingeführte: Halt, absteigen! entgegen scholl. Auf unsere Frage, ob wir nicht noch ein Städtchen weiter fahren dürften (Geißing in Sachsen) belamten wir ein bedauerliches Achselzucken zur Antwort. Wir Grenzbewohner können es ungemein schwer verstehen, daß es jetzt auf einmal nicht mehr gehen soll wie in früheren Jahren, wo wir ungehindert nach Sachsen auf den schönen Radfahrstraßen radeln konnten. Wo wieder „Recht euch!“ Nach kurzem Zmsiß ging es links in der Richtung Voitsdorf weiter. Wir gelangten zum höchsten Punkt, kurz vor Vorderzinwald (873 Meter), von wo es ziemlich steil ab durch Vorderzinwald — welches einen sehr armseligen Eindruck macht — nach Voitsdorf ging. Man sieht ganz gut, daß man zirka 900 Meter hoch ist; keine Obstbäume und auch die ganze übrige Vegetation ist sehr kümmerlich. Unsere Mühsal, von Voitsdorf das Müdentürmchen zu besuchen (806 Meter), mußten wir fallen lassen, da es durch die unfreiwilligen Aufenthalte schon zu spät geworden war. Es ist in einer Viertelstunde zu erreichen. Nach Passierung von Gersdorf, links ab nach Stradenwald. Bis hierher ist eine für Radfahrer wunderbare Straße, an welcher zur Linken, manchmal bis knapp an die Straße selbst, die sächsische Grenze läuft. Wir erreichten Schönwald, links an der Grenze Sattelberg (724 Meter), rechts der Röllendorfer Paß. Wir kamen nach Peterwald, Tzssa und Schneberg und erreichten um 9 Uhr abends unseren Ausgangsort Vela. Die ganze zirka 100 Kilometer lange Strecke, welche immerhin Anstrengung an die Leistungsfähigkeit der Fahrer stellt — wenn man die ziemlich großen Steigungen berücksichtigt — wurde von allen, besonders auch den weiblichen, mit Leichtigkeit überwunden. Nur eines möchte bei den nächsten Ausfahrten von den Fahrwarten nicht vergessen werden, daß sie unbedingt einen Schlußmann bestimmen, welcher bei vor kommenden Unfällen sofort das Haltzeichen gibt, damit es nicht passieren kann, wie bei uns, daß wir einen Kollegen, der eine Panne hatte, einfach verlieren. Die Fahrt war trotz der 7 Unterbrechungen (Pedalbrüche, Pannen, Stürze) ungemein genussreich und wird allen Fahrern eine hübsche Erinnerung bleiben.

## Schwimm-Meeting der Dresdner Arbeiterschwimmer.

Das große Schwimm-Meeting der Arbeiterschwimmer in Dresden darf als ein voller Erfolg gebucht werden. Das Wetter war gut, was für eine Veranstaltung im Freien wichtig ist. Viele Zuschauer hatten sich am Samstagabend zu dem Reigen schwimmen der Frauen und den Wasserballwettspielen eingefunden. Die größte Zugkraft aber übten am Sonntagvormittag das Brückenpringen und Mannschaftsschwimmen aus. Je näher man den Brücken kam, um so mehr die Brückensprünge stattfanden, um so dichter standen die Massen. Die beiden Elbe-Ufer, die Brücken, die Brühlische Terrasse hatten starke Belegung. Nachdem die Fähreboote mit den teilnehmenden Schwimmern und Schwimmerinnen unterhalb der Brücken festgemacht hatten, begrüßten die Teilnehmer nach einer kurzen Ansprache des Genossen Friß Schreiber das erlesene Publikum mit einem dreifachen Frei Raß! Die Sprünge, an denen auch zwei Schwimmerinnen teilnahmen, waren in erster Linie Leistungen des Mutes. Das Publikum dankte mit lebhaftem Beifall 5 Mannschaften zu je 6 Schwimmern, darunter auch eine Schwimmerin. Stellten sich dem Starten zum Schwimmen quer durch Dresden. Ziel war der Pöckener Hafen. In einer knappen halben Stunde durchschwamm als erster Genosse Schreiber, die 4500 Meter lange Bahn. Erwähnt soll noch werden, daß auch die Schwimmerin das Ziel erreichte — Wertvoll waren besonders die praktischen Uebungen und Lehren für die Selbstrettung und Rettung Ertrinkender. Man muß den Arbeiterschwimmern Dank wissen für die Tatkraft, Mühe und Arbeit, die sie mit diesen Vorführungen im Interesse der Allgemeinheit geleistet haben. Wenn nur ein Teil der Zehntausenden von Zuschauern für die Notwendigkeit des Badens und Schwimmens überzeugt wurde, ist das schon Lohn genug.  
Hp.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter.  
Druck: Deutsche Zeitungs-K.G., Prag  
Für den Druck verantwortlich: O. Dollh.

**Wo vertehren wir?**

**Café Continental, 108 Prag-Graben**

**Goldenes Arenal, 2 Prag-Relaxanta.**

**Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus**  
Prag, Smethy 22 (Urania). 1000

**Gastwirtschaft „Lidovy dum“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Tägliche Konzerte PRAG II., Hybernská Nr. 7.

**Café „Nizza“**  
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.  
Unser Stammlokal.